

# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ **International**  
Parlamentsforum  
Südliche Ostsee

■ **Debatte**  
Vorschriften für  
Verfassungsschutz

■ **Rückblick**  
Das Jahr 2008  
im Landtag

■ **Aktuell**  
Bildung in M-V

■ **Beteiligung**  
Jugendprojekte

■ **Vorschau**  
Zeitplan 2009



Jahrgang 18  
9 / 2008

Seite 3

**Spezial**Parlamentsforum Südliche Ostsee  
in Danzig**Aus dem Plenum**

Seiten 4 – 5

**Aktuelle Stunde:**Chancen der Bildung heute nutzen –  
M-V auf dem Weg zu einem  
modernen Bundesland

Seiten 6 – 8

**Weitere Themen:**Bahnliegenschaften  
Mittelstandsförderung  
Kommunal-Kombi

Seite 9 – 15

**Auszüge aus der Debatte:**Änderung von Vorschriften zum  
Verfassungsschutz**Aus den Ausschüssen**

Seite 16

**Enquetekommission:**Bericht des Innenministers  
zur Kreisgebietsreform**Bildungsausschuss:**

Anhörung zum Schulgesetz

Seiten 17 - 18

**Panorama**EU-Jugendforum  
Auszeichnung  
Jugendgeschichtstag

Seiten 19 – 24

**Jahresrückblick**Parlament  
Internationale Zusammenarbeit  
WIR. Erfolg braucht Vielfalt  
Jugendprojekte  
Veranstaltungen  
Bauen am Schloss

Seite 27

**Vorschau**

Sitzungsplan 2009

Titelbild (Uwe Sinnecker)  
Orangerie im Burggarten des  
Schweriner Schlosses**Impressum**Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-  
Vorpommern**  
- Öffentlichkeitsarbeit -  
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
Internet: www.landtag-mv.de**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** cw Obotritendruck.de  
Gedruckt auf RecyclingpapierZugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-  
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-  
schengruppen manchmal nur die männliche  
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-  
liche Form mitgedacht.Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-  
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-  
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit  
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.Die LandtagsNachrichten können kostenlos  
bezogen werden. Bestellungen sind an den  
Herausgeber zu richten.

# Eine Schule für alle

Dr. Jörg Köpke berichtet als Korrespondent der  
Ostsee-Zeitung seit 2006 aus der Landeshauptstadt

■ 2009 ist ein besonderes Jahr. Der Fall der Mauer jährt sich zum 20. Mal. In Ost und West werden sich viele an die Zeit der Wende zurückerinnern. Sie werden sich kritisch fragen, was sich verändert hat im wiedervereinten Deutschland – auch die rund 25.000 Lehrer, die seinerzeit an DDR-Schulen auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns unterrichteten. 25.000 Lehrerinnen und Lehrer. Allein die Zahl ist bemerkenswert.

20 Jahre, sechs Bildungsminister und zehn Schulgesetznovellen später sind von den 25.000 Lehrern noch 12.000 übrig geblieben. Während der großen Entlassungswelle 1992 mussten über 4.700 „betriebsbedingt“ oder aufgrund ihrer politischen Vergangenheit ihren Platz räumen. 8.000 Stellen wurden durch Ruhestands- oder Teilzeitregelungen eingespart. Fast zwei Drittel aller heute arbeitenden Lehrer in MV waren bereits zu DDR-Zeiten tätig.

Die Folgen sind unübersehbar. Der Altersdurchschnitt in den Lehrer-Kollegien ist mit 47 Jahren einer der höchsten unter allen deutschen Bundesländern. Da zusätzlich Schulen geschlossen wurden, müssen immer weniger Lehrer immer mehr Schüler „beaufsichtigen“. Lehrer fühlen sich überfordert. Das böse Wort vom Burn-out-Syndrom hängt über Lehrerzimmern wie klebriger Sirup. Die meisten Pädagogen gehen vor dem Erreichen des 67. Lebensjahres in den Ruhestand. Viele haben schlichtweg resigniert.

Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass ihnen das Bäumchen-wechsel-dich-Spiel im Kultusministerium menschlich, organisatorisch und gesundheitlich einiges abverlangte und noch immer abverlangt. Kein Ressortchef konnte bislang länger als eine Legislaturperiode im Amt bleiben. Jeder von ihnen wollte seiner Amtszeit mit mindestens einer eigenen Reform seinen eigenen Stempel aufdrücken. Einer Verlängerung der Schulzeit bis zum Abitur auf 13 Jahre folgte eine Verkürzung auf erneut zwölf Jahre. Langes gemeinsames Lernen, zu DDR-Zeiten im zweigliedrigen Schulsystem aus Polytechnischer Oberschule und Erweiterter Oberschule erprobt, musste dem westdeutschen dreigliedrigen System aus Gymnasium, Realschule und Hauptschule weichen. Wenig später war auch das wieder Geschichte. Heute steht längeres gemeinsames Lernen wieder hoch im Kurs.

Von Dreigliedrigkeit spricht niemand mehr. Der Beruf des Lehrers hat in der öffentlichen Wahrnehmung als Folge dieser „Reformitis“ dramatisch an Ansehen verloren. Erzieher müssen ihren Kopf hinhalten für ständig wechselnde Struktur-Reformen und Lehrpläne.

Das Bemerkenswerteste aber: Viele Kurskorrekturen der vergangenen Jahre führen wieder zurück zu dem, was in DDR-Zeiten gängige Praxis war. Das Bundesland Sachsen – heute in vielen Schul-Studien führend – hat vielen übergestülpten West-„Errungenschaften“ konsequent widerstanden und Sinnvolles bewahrt – mit Erfolg. Um Missverständnissen vorzubeugen: Dies ist keine Brandrede für totalitäre Gesellschaftssysteme und deren Lehranstalten. Mecklenburg-Vorpommern hätte jedoch viele strukturelle Probleme an seinen Schulen heute nicht, wenn es so manche „Ehrenrunde“ der vergangenen 20 Jahre nicht gedreht hätte.

Dieses Land braucht eine Schule für alle. Gemeinsames Lernen muss im Kindergarten in heterogenen Gruppen beginnen. Der Versuch, es wenigstens um zwei Jahre in der 5. und 6. Klasse zu verlängern, hat sich bewährt. Stärkere müssen Schwächeren helfen können. Ganztagschulen müssen diesen Namen auch wirklich verdienen und Schülern einen Wechsel aus Anspannung und Entspannung bieten. Klassen dürfen nicht mehr als 20 Schüler haben. Lehrer sollten nicht nach Unterrichtszeit, sondern nach Arbeitsleistung beurteilt werden. Dies würde gerade älteren Kollegen ermöglichen, dem Lehrer-Nachwuchs beratend zur Seite zu stehen und nicht vorzeitig in den Ruhestand wechseln zu müssen, weil die verlangte Stundenzahl nicht mehr bewältigt wird. Und noch eines: Die Schule, zumal die Grundschule, ist Lebensmittelpunkt einer Gemeinde. Das Schulsterben in der Fläche muss ein Ende haben. Mecklenburg-Vorpommern droht der Ausverkauf der einzigen Ressource, die dieses Land zu bieten hat: Bildung. Bildung darf nicht sterben. Nur so kann das Abwandern junger Familien gestoppt werden. Nur so hat dieses Land dauerhaft eine Zukunft.

**Jörg Köpke**

# Ostsee- strategie

## Parlamentsforum Südliche Ostsee bildet Arbeitsgruppe

■ Die Europäische Kommission will bis Ende Juni 2009 eine zukunftsfähige Strategie erarbeiten, um die Ostseeregion zu einer attraktiven, prosperierenden Region in Europa zu entwickeln. Lokale und regionale Interessenvertreter wollen Vorschläge insbesondere für folgende Bereiche in den EU-Konsultationsprozess einbringen: Klima-, Umwelt- und Meeresschutz, Landwirtschaft, Wirtschaft, Verkehr, Arbeitsmarkt, Bildung, Kultur und Gesundheit sowie Bürgerbeteiligung und Sicherheit. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat hierzu eine Arbeitsgruppe gebildet, deren Vorsitz der Landtag Mecklenburg-Vorpommern übernommen hat.

Am 14. November konstituierte sich in Danzig die Arbeitsgruppe „Ostseestrategie“ des Parlamentsforums, in der Abgeordnete und Experten der Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, der Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma vertreten sind. Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gehören dieser Arbeitsgruppe Dr. Gottfried Timm (SPD), Werner Kuhn (CDU), Birgit Schwebs (DIE LINKE) und Sigrun Reese (FDP) an.

Zur inhaltlichen Vorbereitung der AG-Sitzung war der zweite Roundtable der Europäischen Kommission vorausgegangen, um umwelt- und meeresschutzbezogene Inhalte der zukünftigen Ostseestrategie zu erörtern. Im politischen Fokus stand dabei der HELCOM-Ostseeaktionsplan, der im November 2007 in Krakau verabschiedet worden war. Wesentlich zum Erreichen der Ziele sind nach Ansicht der Roundtable-Beteiligten die konsequente Umsetzung bestehenden Gemeinschaftsrechts (z. B. Europäische Wasserrahmenrichtlinie), die Revision der europäischen Landwirtschafts- und Fischereipolitik, die Ausweitung der Raumplanung sowie das Integrierte Küstenzonenmanagement.

Außerdem müssten phosphathaltige Waschmittel verboten sowie kommunale, landwirtschaftliche und industrielle Abwässer stringent von Phosphaten gereinigt werden, um die Wasserqualität der Ostsee zu verbessern. Für alle Beteiligten ist der HELCOM-Ostseeaktionsplan die wesentliche Säule bzw. umweltpolitische Komponente der Ostseestrategie – und damit der europäischen Meeresschutzstrategie. Die Anrainerstaaten wurden aufgefordert, sich konsequent für die im Aktionsplan formulierten Ziele einzusetzen und Maßnahmen zügig umzusetzen. Für den Verkehrsbereich müsse für die Ostsee ein Befahrensverbot für Substandardschiffe, der Ausbau des Verkehrsüberwachungs- und -managementsystems sowie die Ausweitung der Response-Capacity (Rettungs- und Unfallbekämpfungskapazitäten) bei Schiffshavarien durchgesetzt werden.

## Regionen in Europa

### 12. Jahreskonferenz der CALRE in Bilbao

■ Am 3. und 4. November fand im Baskenland die 12. Generalversammlung der CALRE statt, an der auf Einladung der Präsidentin des baskischen Parlaments, Izaskun Bilbao Barandica, mehr als siebzig Präsidentinnen und

Präsidenten regionaler Parlamente der Europäischen Union teilnahmen. Den Landtag Mecklenburg-Vorpommern vertrat Vizepräsident Andreas Bluhm.

Die Konferenz erörterte die Ergebnisse der vier CALRE-Arbeitsgruppen zu Fragen der Subsidiarität, der regionalen Demokratie, des Steuerföderalismus sowie der Demokratie in Europa. In ihrer Abschlusserklärung drückten die Teilnehmer die Hoffnung aus, dass die im Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon aufgetretenen Probleme gelöst werden und der Vertrag möglichst bald in Kraft treten kann. Eine institutionelle Reform der Europäischen Union sei erforderlicher denn je, um die Verfahren bei der Entscheidungsfindung an eine heute 27 Mitgliedsstaaten umfassende Struktur anzupassen. Die europäische Einigung müsse von unten nach oben erfolgen, wobei die Transparenz des gesamten Prozesses zu gewährleisten sei. Effizienten, ständigen und verbindlichen Mechanismen der Bürgerbeteiligung komme dabei eine herausragende Bedeutung zu. Die Regionalparlamente sehen sich als eine der geeignetsten Ebenen für die Kanalisierung der Bürgerbeteiligung am europäischen Einigungsprozess. In der CALRE (Conférence des Assemblées législatives régionales d'Europe) sind die Regionalparlamente aus der Europäischen Union, die über eine gesetzgebende Befugnis verfügen, zusammengeschlossen. Die 74 Regionen aus 8 Ländern vertreten mehr als 200 Millionen Einwohner. [www.calre.eu](http://www.calre.eu)



v.l.: Martin Kayenburg (Präsident des Landtages Schleswig-Holstein), Andreas Bluhm (Vizepräsident des Landtages M-V) und Berndt Röder (Präsident der Hamburger Bürgerschaft).

# Für faire Bildungschancen

**Aktuelle Stunde mit Debatte um Qualität der Schulen**

■ Die Qualität der Bildung und das neue Schulgesetz standen im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde am 19. November im Landtag. Das Thema „Chancen der Bildung heute nutzen – Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zu einem modernen Bundesland“ hatte die FDP beantragt.

■ Die aktuelle PISA-Studie habe gezeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern noch immer Nachholbedarf habe, sagte FDP-Fraktionschef **Michael Roolf**. „Wir laufen, und das erkennen wir in dieser Studie, immer noch der Entwicklung anderer Bundesländer, wie zum Beispiel Sachsen und Thüringen, hinterher.“ Besorgte Eltern hätten sich an seine Fraktion gewandt. Deshalb habe die FDP dieses Thema ausgewählt. Er forderte Bildungsstandards von der Kita bis zur Hochschule. Viele Kindertagesstätten seien noch immer eher Aufbewahrungsanstalten als Bildungsstätten. Die Liberalen setzen seinen Worten nach bewusst auf Vielfalt und kreativen Wettbewerb der verschiedenen Bildungseinrichtungen. Angesichts der drängenden Probleme wirke die Große Koalition „kleinmütig, durchsetzungsschwach und zerstritten“. Dem Minister warf er Ziellosigkeit vor.

Bildungsminister **Henry Tesch** warb in seiner Rede erneut für das geplante Schulgesetz, das möglichst noch im Dezember verabschiedet werden und bereits

zum nächsten Schuljahr in Kraft treten soll. Kernpunkt des Schulgesetzentwurfs aus dem Bildungsministerium ist die Einführung der „Selbstständigen Schule“ in Mecklenburg-Vorpommern mit mehr Kompetenzen für die Schulleitungen. Der Minister verwies auf das aktuelle PISA-Siegerbundesland Sachsen. Dort wie im ebenfalls bei dem internationalen Schüler-Wissenstest erfolgreichen Thüringen sei den Schulen schon frühzeitig mehr Selbstständigkeit und Verantwortung übertragen worden, sagte Tesch in der Debatte. Beide Bundesländer hätten ihren Schulen gestattet, Schulprogramme und schulinterne Studentenfeln zu entwickeln.

Der SPD-Abgeordnete **Mathias Brodtkorb** erklärte, zeitnahe Entscheidungen zum Schulgesetz seien nötig. Es sei offen, ob das bis Dezember gelingen werde. Versucht werde es. „Wir werden die Anhörung auswerten und sehen, ob die zu Recht angesprochenen Probleme in dem Zeitraum ausräumbar sind.“ Zur umstrittenen künftigen Finanzierung pro Schüler statt bisher pro Klasse sagte er: „Ich per-

sönlich möchte dafür plädieren, dieses Finanzierungssystem auch im Bereich der Kindertagesstätten einzuführen.“ Von einer Hochschulfinanzierung pro Student aber riet er „dringend“ ab. Dagegen spreche allein schon die demografische Entwicklung. Besser sei der von der Expertenkommission vorgeschlagene Hochschulpakt. Demnach sollen mehr auswärtige Studenten dazu motiviert werden, hier im Land ihren ersten Wohnsitz zu nehmen.

**Andreas Bluhm** (DIE LINKE) forderte mehr Geld für das Bildungssystem. Die Selbstständige Schule könne die in sie gesetzten Hoffnungen nur dann erfüllen, wenn sie ausreichend finanziert wird, sagte er. Zudem äußerte er die Befürchtung, dass kleine Schulen mit den „Kopfpauschalen“ nicht auskommen könnten. „Die so viel gepriesene Selbstständige Schule könnte sich deshalb schnell auch als ein Instrument der Mangelverwaltung herausstellen, nur mit dem kleinen, aber wesentlichen Unterschied, dass in erster Linie die Schulleiter dafür verantwortlich gemacht werden können, das Bildungsministerium erst in zweiter Linie“, warnte er. Das Land müsse seine Ressourcen für die Erhöhung der Qualität von Bildung einsetzen. Dafür trage es die Verantwortung.

Nach Auffassung des CDU-Abgeordneten **Jörg Vierkant** zeigt die neue PISA-Studie,



Michael Roolf (FDP)



Bildungsminister Henry Tesch



Mathias Brodtkorb (SPD)

Fotos: Cornelius Kettler

dass Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg ist. „Unsere Schüler haben in wichtigen Tests gute Ergebnisse erzielt“, betonte er. „Wir liegen im Bereich Mathematik im vorderen Drittel deutschlandweit und in den Naturwissenschaften auch.“ Die Erfolge würden aus dem normalen Schulalltag resultieren. „Ein Verdienst der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und Schülerinnen und Schüler“, sagte der Parlamentarier. Allerdings gebe es beim Lese- und Textverständnis noch Nachholbedarf. Darauf müsse bei der Lehrerfortbildung Wert gelegt werden. Auch er sieht in der Selbstständigen Schule einen Schritt zur weiteren Modernisierung. Effekte würden sich erst in einigen Jahren einstellen, aber dann seien sie auch bitter nötig.

**Tino Müller** (NPD) wies auf den Unterrichtsausfall im Vorjahr hin. Über 250.000 Schulstunden seien ausgefallen und 600.000 Stunden von Lehrkräften vertreten worden. „Eine vertretene Unterrichtsstunde ist aber wie eine halbe ausgefallene“, erklärte er. Er bezeichnete die Altersstruktur der Lehrkräfte als alarmierend. Etwa 70 Prozent seien älter als 45 Jahre. „Allein diese Zahlen verdeutlichen, dass Ihr Traum, Herr Tesch, von einer Ganztagschule nichts weiter als praxisferne Utopie ist“, sagte der NPD-Abgeordnete. Etwa

85.000 Erwachsene könnten weder lesen noch schreiben, wies er auf einen aus seiner Sicht weiteren Missstand hin. „Ich frage Sie, warum nicht die Mittel, die bekanntlich im Kampf gegen Rechts zum Überfluss da sind, zur Lösung dieses Problems eingesetzt werden“, sagte er. Durch die Ministerien ziehe sich „eine Kette voll Unlust und Inaktivität wie ein roter Faden“.

**Marc Reinhardt**, CDU-Bildungspolitiker, strebt nach eigenen Worten ebenfalls ein Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes zum nächsten Schuljahr an. Mit der Schulgesetznovelle solle unter anderem die Zahl der Schulabbrecher gesenkt und die Abiturquote erhöht werden. Jedem Bürger im Land müsse der Abschluss ermöglicht werden, den er braucht, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Bei der Finanzierung sei der Umstieg von der klassenbezogenen auf die schülerbezogene Mittelzuweisung „mit Sicherheit der richtige Weg“. Im Bereich der freien Schulen, wo von 2011 an jährlich sechs Millionen Euro eingespart werden sollen, gebe es noch Diskussionen. „Aber wir sind sehr optimistisch, dass wir zusammen mit dem Ministerium, auch zusammen mit unserem Koalitionspartner zu sehr guten Lösungen kommen werden“, betonte er.

## SELBSTSTÄNDIGE SCHULE

### Mehr Freiräume – mehr Verantwortung

- Größere wirtschaftliche Spielräume der Schulleitung
- Mehr Freiräume der Schulleitung für Personalmanagement und Personalentwicklung
- Schülerbezogene Stundenzuweisung
- Schulinterne Lehrpläne
- Individuelle Förder- und Lernpläne
- Erziehungsvereinbarungen mit den Eltern
- Arbeit mit Zielvereinbarungen
- Interne und externe Evaluation



Marc Reinhardt (CDU)

Fotos: Cornelius Kettler



Andreas Bluhm (DIE LINKE)



Jörg Vierkant (CDU)



Tino Müller (NPD)

## Konjunkturprogramm

### Landtag lehnt FDP-Antrag ab

■ **Nach Überzeugung der Liberalen braucht Mecklenburg-Vorpommern bis Weihnachten ein eigenes Konjunkturprogramm. Dies wäre, wie das Finanzpaket des Bundes, ein wichtiges Signal, begründete der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Michael Rooff, am 19. November im Landtag einen entsprechenden Antrag.**

„Sie müssen mit Ihren Maßnahmen Vertrauen in der Wirtschaft und bei den Menschen schaffen. Wir brauchen jetzt eine schnelle Konjunkturtherilfe“, appellierte **Michael Rooff** (FDP) an die SPD/CDU-Regierung, ein Hilfspaket zu schnüren. Vom Wirtschaftsminister forderte er „entschlossenes, kreatives und mutiges Handeln“. So sei unter anderem eine Flexibilisierung der Rahmenbedingungen für Fördermittel nötig. Antrags- und Genehmigungsverfahren sollten abgekürzt und Investitionen, beispielsweise in die Infrastruktur, vorgezogen werden. Der FDP-Antrag auf ein „Wirtschaftswachstumsprogramm“ für das Land fand aber keine Mehrheit im Parlament.

„Wir warten nicht bis Weihnachten“, erwiderte Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel**, der bereits am Vortag in einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses über die Pläne der Landesregierung informiert hatte. So gebe es Hilfen für Fir-

men, die von der Finanzkrise und einer damit verbundenen zurückhaltenden Kreditpolitik der Banken betroffen sind. Der Anteil zinsverbilligter Kredite solle erhöht werden. Für den Schiffbau werde der Bürgschaftsrahmen des Landes flexibler gestaltet, und mit dem Bund gebe es Gespräche dazu. „Wir müssen den Bund mit ins Boot holen“, sagte der Wirtschaftsminister. Die Landesregierung werde kein eigenständiges Konjunkturprogramm für Mecklenburg-Vorpommern auflegen, aber mit Einzelmaßnahmen, wie vereinfachter Darlehensvergabe und Bürgschaften, die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft erhalten. Anfang Dezember werde das Kabinett zudem weitere Projekte zur Konjunkturbelebung beschließen, kündigte der Minister an.

**Jochen Schulte**, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, regte eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen an. Dies sei wirksamer als andere Maßnahmen wie etwa Steuersenkungen. Die Landesregierung solle sich Gedanken machen, wie Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden können, Investitionen vorzuziehen, damit kleinere und mittlere Unternehmen an Aufträge kommen. „Wir müssen jetzt Maßnahmen ergreifen, die schnell wirksam werden“, sagte der Abgeordnete. Die Vorschläge der FDP seien dafür aber ungeeignet und würden deshalb abgelehnt.

„Ich habe den Eindruck, Sie standen in ihrer gelben Küche und haben aus vielen Zutaten ein dünnes Mecklenburger Allerlei gekocht“, kritisierte **Helmut Holter** von der ebenfalls oppositionellen Linksfraktion den FDP-Vorstoß. Mit ihrer Forde-

rung komme die FDP zu spät. Der Antrag sei „sehr vage“ und wenig gehaltvoll. Auch er forderte, die Auftragslage der Unternehmen zu verbessern und Landesinvestitionen vorzuziehen. Die Kommunen müssten in die Lage versetzt werden, Aufträge an kleinere und mittlere Unternehmen zu vergeben. Das Gesamtpaket der Landesregierung müsse geschnürt und im Dezember im Landtag diskutiert werden. Wichtig sei es zudem, die Kaufkraft zu stärken.

**Wolfgang Waldmüller** (CDU) verwies ebenfalls auf den Maßnahme-Katalog des Landes und auf Schritte des Bundes, wie Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und ein Sonderprogramm Wegebau. „Ihre Forderungen sind bereits erfüllt“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion in Richtung FDP. Er appellierte an die Opposition, nicht schlechtzureden, was nicht schlecht sei. „Zukunftsängste dürfen sich nicht verstetigen“, betonte er.

**Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der NPD, warf der FDP vor, von ihren eigenen Werten abzurücken. So hätten die Liberalen früher immer eine „Deregulierung auf Teufel komm raus“ gefordert und sich für Spitzenverdiener eingesetzt. Nun wolle sie unter anderem Steuersenkungen für Leute mit geringeren Einkommen. Das werde man der FDP nicht abnehmen. „Wer Hartz IV bekommt, zahlt sowieso keine Steuern“, sagte Pastörs. Auch er sieht in vorgezogenen Infrastrukturmaßnahmen ein wirksames Mittel, um die mittelständische Wirtschaft zu unterstützen.

Der FDP-Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

### FÖRDERFIBEL

Eine neue Broschüre des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus informiert über Förderinstrumente für die gewerbliche Wirtschaft, für das Handwerk und die Freien Berufe sowie für kommunale und private Investoren in Mecklenburg-Vorpommern. Die Förderfibel ist kostenlos im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus unter der Faxnummer 0385/588-5879 erhältlich oder kann per E-Mail bestellt werden unter: [presse@wm.mv-regierung.de](mailto:presse@wm.mv-regierung.de)



Foto: Jens Büttner

Die Masson Wawer Fiberglasmöbel GmbH in Groß Lüdershagen bei Stralsund ist der einzige deutsche Hersteller von Fiberglasmöbeln.

# Kommunal-Kombi kaum genutzt

**Landtag stellt kein zusätzliches Geld zur Verfügung**

■ Das Beschäftigungsprogramm „Kommunal-Kombi“, mit dem insgesamt rund 10.000 Stellen für Langzeitarbeitslose im Land geschaffen werden können, wird bislang kaum genutzt. Mit Stand vom 1. November seien für das Jahr 2008 gerade einmal 459 Stellen bewilligt worden, sagte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Er begründete am 20. November im Parlament den Antrag, mit dem seine Fraktion eine zusätzliche Unterstützung des „Kommunal-Kombis“ mit 350 Euro je Stelle und Monat durch das Land forderte. In Mecklenburg-Vorpommern seien bislang nur 633 Stellen beantragt worden. Viele Kommunen könnten sich seiner Meinung nach die Ko-Finanzierung nicht leisten.

Mit der Erhöhung könnten Kultur, Sport, Umweltschutz, Jugend und Sozialarbeit besser unterstützt werden. „Arbeit ist genug da, sie muss nur finanziert werden“, sagte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Darüber hinaus solle die Landesregierung bis zum Sommer 2009 ein „nachhaltiges Konzept“ für den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor vorlegen.

Das Land habe für 606 „Kommunal-Kombi“-Arbeitsplätze eine Ko-Finanzierungszusage gegeben, sagte Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel**. Er lehnte eine weitere Erhöhung der Mittel ab. Das Land habe zur Ko-Finanzierung des Programms 10,8 Millionen Euro bereitgestellt, die Forderung der Linken würde weitere 25,2 Millionen Euro kosten. „Ohne Deckungsvorschlag ist dies nicht seriös“, kritisierte der Minister. Deshalb müsse der Antrag abgelehnt werden. „Wir sind mit unserer umfassenden Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Strukturentwicklungspolitik konsequent auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet“, betonte Seidel.

**Jochen Schulte** von der SPD unterstrich, dass auch hoch verschuldete Kommunen das Programm nutzen könnten. Das habe das Innenministerium, das für die Kom-



Foto: Jens Büttner

Das Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ fördert Arbeitsplätze, die zusätzlich sind und im öffentlichen Interesse liegen.

munalaufsicht zuständig ist, zugesagt. „Es ist bedauerlich, dass das Programm nicht wie gewünscht in Anspruch genommen wird“, betonte er. Es gebe durchaus Aspekte, die für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sprechen. Der Antrag gehe aber in die falsche Richtung. **Michael Rooff**, Vorsitzender der FDP-Fraktion, äußerte Zweifel an der Wirksamkeit des öffentlichen Beschäftigungssektors. Das habe die Arbeitsmarktpolitik der Linken gezeigt, die acht Jahre im Land mit an der Regierung waren. Es seien keine nachhaltigen Effekte erzielt worden. „Bringen Sie uns ein überzeugendes Argument, dass der zweite Arbeitsmarkt die Antwort auf unsere Probleme ist, und wir sind auf Ihrer Seite“, forderte er die Linksfraktion auf. Zudem sei nicht klar, woher das Geld für die zusätzliche Förderung des Kombi-lohnmodells kommen soll. Deshalb würden die Liberalen den Antrag ablehnen. Der CDU-Abgeordnete **Günter Rühls** sieht den Ball bei den Kommunen. Wo ein Wille sei, da greife das „Kommunal-Kombi“-Programm auch. Als Beispiel nannte Rühls den Landkreis Nordvorpommern, der den Kommunen noch einmal 75 Euro je Stelle und Monat zur Umsetzung des Programms gewähre. Ganz anders sei die Situation etwa in Schwerin, wo es noch gar keine „Kommunal Kombi“-Stelle gebe. Insgesamt sei die Konzentration auf den ersten Arbeitsmarkt der richtige Weg. Die NPD-Fraktion hält nach den Worten ihres Vorsitzenden **Udo Pastörs** die geltende Regelung derzeit für ausreichend. Erst einmal müsse geklärt werden, warum die Nachfrage nach dem „Kommunal-Kombi“ so gering und wie hoch der Bedarf ist. Den Antrag bezeichnete er als populistisch. Er helfe nicht, die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Die Linke-Abgeordnete **Regine Lück**

machte darauf aufmerksam, dass Ende 2008 zahlreiche Projekte im sozio-kulturellen Bereich auslaufen würden. Darunter seien Beratungsstellen des Arbeitslosenverbandes, Frauen- oder Kulturprojekte. Im Programm der Landesregierung zur Verwendung der EU-Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds sei dafür kein Platz. „Die Nutzung des Kommunal-Kombi-Programms könnte helfen, die Arbeit fortzusetzen“, warb sie für das Anliegen der Linken.

Der Antrag wurde aber von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

## KOMMUNAL-KOMBI

Der „Kommunal-Kombi“ ist ein Bundesprogramm zur Schaffung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit. Gefördert werden Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die in einer der förderfähigen Regionen liegen, zusätzlich sind, im öffentlichen Interesse liegen, im Regelfall eine Arbeitszeit von 30 Stunden wöchentlich aufweisen und tariflich oder ortsüblich entlohnt werden. Eingestellt werden kann, wer seit mindestens 24 Monaten arbeitslos ist, seit mindestens einem Jahr Arbeitslosengeld II bezieht sowie in einer der förderfähigen Region arbeitslos gemeldet ist. Der Bund bezuschusst einen Arbeitsplatz in Höhe der Hälfte des Arbeitnehmer-Bruttoarbeitsentgelts mit bis zu 500 Euro.

[www.kommunal-kombi.bund.de](http://www.kommunal-kombi.bund.de)

# Auf der Strecke geblieben

## Landtag kritisiert schlechten Zustand von Bahnhöfen

■ Der Landtag hat am 19. November einmütig den maroden Zustand vieler Bahngelände in Mecklenburg-Vorpommern kritisiert. Derartige Liegenenschaften prägten die Ortsbilder der betroffenen Gemeinden negativ, hieß es in der Debatte, der ein Antrag der Koalitionsfraktionen zugrunde lag.

Der CDU-Abgeordnete **Peter Stein** verwies auf den schlechten Eindruck, den solche Gebäude auch auf Gäste in Mecklenburg-Vorpommern machten. Das schade dem Tourismusland Nr. 1. „Wir müssen weitere Akteure gewinnen, um noch besser zu werden“, forderte er. Viele Urlauber reisten mit dem Zug in das „Touristen-Paradies“ im Nordosten. Seiner Meinung nach würden es mehr sein, wenn die Bedingungen im Zugverkehr besser wären. Aber da scheine es bei den Bahnverantwortlichen am „generellen Willen“ zu mangeln, sagte Peter Stein mit Hinweis auf Verzögerungen im Trassenbau und fehlende Kurswagen. Der Zustand der Bahnhöfe als Visitenkarte für Ort und Land spiele ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Gebäude seien im Durchschnitt 85 Jahre alt. Kommunen, die auf gegebene Bahnhöfe erwerben wollten, würden sich oft „überzogenen finanziellen Vorstellungen“ der Bahn gegenüber sehen. Die Bahn müsse zudem dafür Sorge tragen, dass nicht mehr verwertbare Liegenenschaften kein Sicherheitsrisiko werden. Viele Bahnhöfe, die nicht mehr gebraucht werden, seien in einem beklagenswerten Zustand, bestätigte Verkehrsminister **Volker Schlotmann**. Die Bahn müsse sich ihrem Eigentum verpflichtet fühlen. In Mecklenburg-Vorpommern sollen seinen Informationen nach 41 von 56 Bahnhofsgebäuden verkauft werden. Sie sollten sinnvoll genutzt werden. Kommunen und Bahn müssten dabei zusammenarbeiten.

„Wir sehen mit Sorge, wie ein Stück Eisenbahngeschichte den Bach runtergeht“, sagte die LINKE-Parlamentarierin

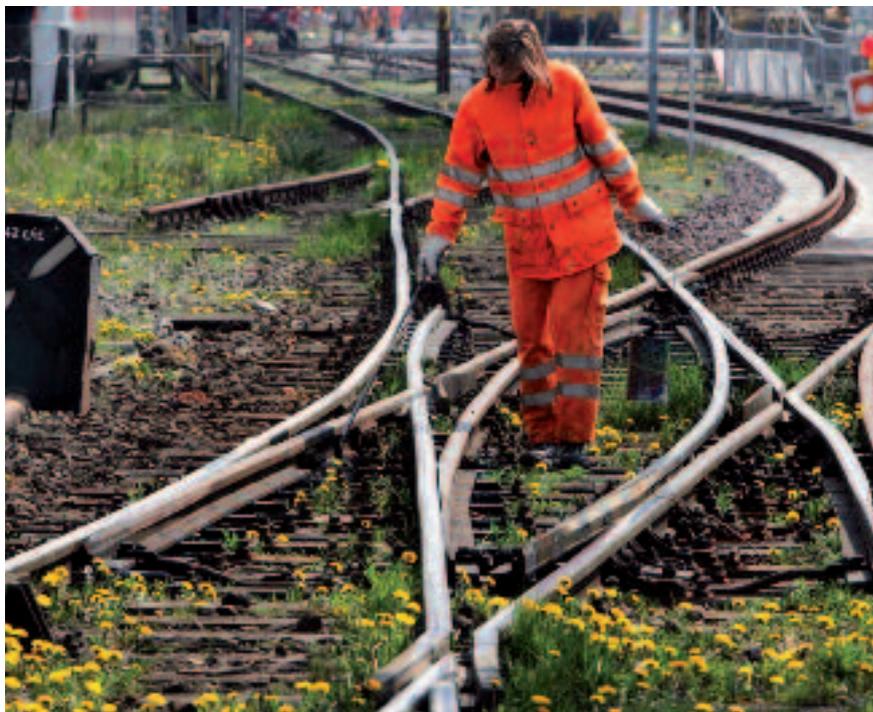


Foto: Jens Büttner

**Regine Lück**. Einige Gebäude stammten noch aus der Gründerzeit der Bahn. Das Dilemma treffe auch auf ausgediente Postämter zu. Sie forderte Geld für die Kommunen, damit diese von ihrem Verkaufrecht für Bahnhöfe Gebrauch machen könnten. Ihrer Meinung nach gehört das Thema zur „ernsthaften Beratung“ in den Verkehrsausschuss. Der Überweisungsvorschlag wurde aber am Ende der Debatte mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt.

**Jochen Schulte** (SPD) wies Vorwürfe der Opposition, es handele sich um einen „Scheinantrag“, zurück. Den Menschen werde gezeigt, dass die Abgeordneten das Problem erkannt haben. Der Antrag sei auch ein Appell an die Deutsche Bahn und den Bund, nach Lösungen zu suchen. Bei einem privaten Unternehmen stünden immer betriebswirtschaftliche Aspekte im Vordergrund. In diesem Fall müsse aber auch die Daseinsvorsorge eine Rolle spielen. Betriebswirtschaftliches Handeln führe nicht zur Verwahrlosung der Gebäude, widersprach der FDP-Fraktionschef **Michael Roof**. Er unterstützte den Vorschlag der Linken, den Antrag im Verkehrsausschuss zu beraten.

**Birger Lüssow** (NPD) verwies auf Beispiele, bei denen alte Bahnhofsgebäude von Investoren aus der Region oder Privatleuten gekauft und zu Wohn- oder Dorfgemeinschaftshäusern umgebaut wurden. Die Bahnhöfe seien oft Baudenkmäler und gehörten somit zum „Kulturgut unseres Volkes“ und verdienten deshalb „größte Aufmerksamkeit“, sagte er.

Das Anliegen der Regierungsfractionen sei es, die „Bahn“ im Allgemeinen zu verbessern, betonte **Udo Timm** (CDU). So gebe es auf 4.500 Bahnhöfen keine Anzeigen mehr. Da sei die Orientierung für die Reisenden besonders schwer. Die Kundenfreundlichkeit bleibe bei der Bahn zu oft auf der Strecke. Die Missstände müssten immer wieder sowohl im Ausschuss als auch im Parlament eine Rolle spielen. Im Interesse der Fahrgäste und nicht nur der maroden Bahnhöfe wegen, wie er hervorhob.

Die Entschließung zu den Bahnliegenenschaften wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen angenommen. Die Oppositionsfractionen stimmten dagegen.

# Initiative gegen Verfassungsfeinde

## Änderungen im Kommunalwahlrecht kontrovers diskutiert

■ Am 19. November beriet der Landtag in Erster Lesung Änderungen zu Vorschriften des Verfassungsschutzes. Mit ihrem Gesetzentwurf will die Landesregierung die Möglichkeiten des Landes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verbessern. Außerdem soll die elektronische Aktenführung beim Verfassungsschutz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Schließlich soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Verfassungstreue von Wahlbewerbern bei Bürgermeister- und Landratswahlen bereits vor der Wahlzulassung effektiver als bisher geprüft werden kann. Künftig sollen die Wahlausschüsse Kandidaten für Landräte und Bürgermeister ablehnen können, deren Grundgesetztreue der Verfassungsschutz bezweifelt. Insbesondere diese Pläne trafen im Landtag auf Bedenken bei den Oppositionsfraktionen. Redner der Regierungsfractionen von CDU und SPD dagegen lobten die geplante Gesetzesänderung. Das Vorhaben wurde nach erregter Debatte mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und DIE LINKE zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

**Minister Lorenz Caffier:**

## „Verfassungstreue von Bürgermeister- und Landratskandidaten intensiver prüfen“



Foto: Uwe Bajewski

■ „Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem Ihnen vorgelegten Entwurf eines Artikelgesetzes sollen drei Gesetze geändert werden. Zwei Gesetze haben einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz unseres Landes. Zum dritten Gesetz, welches wir ändern wollen, besteht ein mittelbarer Zusammenhang mit der Verfassungsschutzbehörde unseres Landes. [...]

[...] um es auch der Landesbehörde für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen, einen effizien-

ten Beitrag zur Bekämpfung des nationalen und internationalen Terrorismus zu leisten, wurde das Terrorismusbekämpfungsgesetz des Bundes aus dem Jahr 2002 im Jahr 2004 in Landesrecht umgesetzt. [...] Um ein gemeinsames Handeln der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern zu gewährleisten, ist es nunmehr geboten, die durch die gewonnenen Erfahrungen neu gefassten Befugnisse auch in Landesrecht umzusetzen.

Meine Damen und Herren, Artikel 1 des vorliegenden Gesetzentwurfes modifi-

ziert das Sicherheitsüberprüfungsgesetz. Im Wesentlichen geht es hierbei darum, die elektronische Aktenführung zu normieren. [...]

Durch Artikel 2 des Ihnen vorliegenden Entwurfes wird das Landesverfassungsschutzgesetz geändert. Der Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern sollte Befugnisse erhalten, [...] bei Finanzdienstleistern, Postdienst- und Luftfahrtunternehmen sowie Telekommunikations- und Telemedienanbietern Auskünfte einzuholen. [...]

Meine Damen und Herren Abgeordnete, neben diesen wichtigen und aus meiner Sicht unverzichtbaren Änderungen im Verfassungsschutzgesetz enthält der vorgelegte Gesetzentwurf im Artikel 3 die Änderung des Kommunalwahlgesetzes. [...]

Meine Damen und Herren Abgeordnete, haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister sowie Landräte sind nach der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns Wahl- oder Ehrenbeamte. [...] Deswegen gilt auch für sie das Landesbeamtenge-

setz. Sie dürfen nur in das Beamtenverhältnis oder in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen werden, wenn sie alle beamtenrechtlichen Voraussetzungen, mithin auch die Verfassungstreue, erfüllen. Ich halte es für wesentlich, die Prüfung, ob ein Wahlbewerber überhaupt Wahl- oder Ehrenbeamter werden kann, bereits bei seiner Kandidatur durchzuführen und nicht erst nach erfolgter Wahl. [...]

Nach gründlicher Abwägung aller Handlungsmöglichkeiten unterbreitet die Landesregierung daher dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern den Vorschlag, die Prüfung der Verfassungstreue bei Bürgermeister- und Landratskandidaten zu intensivieren. [...]

Dem jeweiligen Wahlausschuss muss mehr Zeit für seine Prüfung gegeben werden. [...]

Der Gesetzentwurf sieht vor, den Wahlausschüssen drei Wochen, statt der bisher

acht Tage, Zeit für die Prüfung der Wahlvorschläge einzuräumen. [...]

In allen Fällen, in denen tatsächlich Anhaltspunkte für Zweifel an der Verfassungstreue eines Kandidaten vorhanden sind, soll der Wahlausschuss den Wahlvorschlag künftig der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung zuleiten. [...] Damit gibt er aber nicht auch gleichzeitig seine Entscheidungskompetenz ab. [...] Die Rechtsaufsichtsbehörde soll die Entscheidung des Wahlausschusses lediglich durch eine Stellungnahme in problematischen Fällen vorbereiten helfen. [...] Dazu soll sie berechtigt sein, sich an die Verfassungsschutzbehörde zu wenden. [...]

Woran werden die Wahlausschüsse erkennen, ob sie einen Wahlbewerber genauer unter die Lupe nehmen müssen? [...] Anhaltspunkte für extremistische politische Ansichten werden sich regelmäßig – und das konnte man heute auch schon wieder sehen – aus Reden, Veröffentli-

chungen oder öffentlichen Auftritten für extremistische Parteien oder Gruppierungen ergeben [...]

Meine Damen und Herren Abgeordnete, weitere Änderungen betreffen die Regelung zu Wahlen aus besonderem Anlass. [...] Diese Vorschrift ist nicht nur bei einzelnen Neustrukturierungen, sondern auch bei einer allgemeinen Gebietsreform anwendbar. Wenn also durch die Gebietsreform neue Kreise geschaffen werden, müssen diese zunächst neue Kreistage wählen. Eine Selbstverständlichkeit! Genau wie die zweite Klarstellung dieser Vorschrift: Bei Auflösung eines Landkreises endet die Wahlzeit der Kreistagsmitglieder. [...]

Für diese wichtige Novellierung des Kommunalwahlgesetzes wie auch des Verfassungsschutzgesetzes und des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes bitte ich um Unterstützung aller Demokraten in diesem Haus [...]"

**Dr. Gottfried Timm, SPD:**

## „Jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten“



■ „Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen, dass sich im nächsten Jahr und auch in den Folgejahren nur solche kommunalen Wahlbeamten zur Wahl stellen können, die jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in ihrer Gebietskörperschaft und darüber hinaus eintreten.

*(Michael Andrejewski, NPD:  
Wie im Iran. –  
Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktion der NPD)*

Wir bekennen uns dazu, meine Damen und Herren, dass wir alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten anwenden, um dieses Ziel zu erreichen.

*(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –  
Raimund Borrmann, NPD: Das ist aber  
unrecht. Das ist unrecht, Herr Timm. –  
Stefan Köster, NPD:  
Das ist ja direkt gefährlich.)*

Und wie wichtig das ist, das haben wir gerade in dieser Tagesordnung und in dem

Tagesordnungspunkt davor erfahren müssen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie Ihre Meinung hier auch so sagen, denn es trägt dazu bei,

*(Michael Andrejewski, NPD: So viel  
Dankbarkeit. – Udo Pastörs, NPD: Sehr  
christlich. Sehr christlich, Herr Timm.)*

dass wir unsere Aufgabe immer intensiver und fester erledigen werden, meine Damen und Herren.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

Wir werden dafür sorgen, dass die Vergleiche, die Sie heranziehen, zu den Wahlverfahren in der DDR nie wieder herangezogen werden brauchen. Es gab keine demokratische Wahl in der DDR.

*(Stefan Köster, NPD: Hier auch nicht. –  
Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie vorher aussortieren, gibt's die ja auch nicht mehr. Sie sind auf dem Weg dahin. –  
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Raimund Bormann, NPD)*

Und damit wir diese demokratischen Wahlverfahren in der kommunalen Selbstverwaltung dauerhaft schützen, werden wir das Kommunalwahlgesetz demokratisch ändern.

*(Udo Pastörs, NPD:  
Demokratisch diktatorisch. –  
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)*

Das werden wir durchführen und die entsprechenden Beratungen in diesem hohen Hause fortsetzen.

Meine Damen und Herren, aber nicht nur dieser Punkt ist ja ein Bestandteil der Gesetzesänderung zum Verfassungsschutzgesetz, sondern auch andere. Der Verfassungsschutz hat eine Aufgabe. Wir wollen, dass er seine Aufgabe erfüllt, und wir wollen natürlich auch, dass er die rechtsstaatlichen Instrumente bekommt, um diese Aufgabe mit der Entwicklung der Technik, die einherschreitet, immer besser erfüllen zu können. Und deswegen werden wir dem Verfassungsschutz des Landes auch die Instrumente an die Hand geben, die der Bund bereits hat. Das heißt, der Bund kann hier in unser Bundesland bei Luftfahrtunternehmen, bei Banken und Kreditunternehmen, bei Postdienstleistern, bei Telekommunikationsunternehmen Daten erheben, die wir als Landesbehörde bislang nicht erheben konnten. Um aber genauso schlau zu sein, wie der Bund selbst es ist, werden wir auch unsere eigenen landesrechtlichen Bestimmungen weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang würde ich gern einen kurzen Schlenker machen zur BKA-Debatte, zur Änderung des BKA-Gesetzes.

*(Gino Leonhard, FDP:  
Oh, nee, nee, nee!)*

Hier ist es so, dass die Föderalismuskommission I dem Bundeskriminalamt eine Aufgabe zugewiesen hat in der Gefahrenabwehr, das BKA aber im Moment noch keine Instrumente an der Hand hat, um die Aufgabe zu erledigen. Und deswegen hat die Regierung in Berlin, die Große Koalition, ein BKA-Änderungsgesetz vorgelegt, um dem Bundeskriminalamt genau die Instrumente an die Hand zu geben – mit dem saloppen Wort „Onlinedurchsuchung“ ist da einiges bezeichnet –, die es braucht, um seine zentrale Aufgabe zu erledigen.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Ach, die brauchen wir dafür?)*

Und auch hier ist es so, meine Damen und Herren, dass es nicht so sein kann, dass wir Aufgaben an Behörden zuweisen und dann, wenn es darum geht, dass die Aufgabe auch durch Eingriffsbefugnisse erledigt werden soll, ihnen diese nicht geben. Das kann nicht funktionieren.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU:  
Richtig. Völlig richtig, genau. –  
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)*

Dass allerdings bei den Eilverfahren, Herr Dr. Jäger, vielleicht noch mal neu abgewogen werden muss,

*(Dr. Armin Jäger, CDU: Na ja, richtig.)*

ob die Eilverfahren richtig konstruiert sind

*(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das.)*

– da nicken Sie auch mit dem Kopf –, das halten wir gemeinsam für richtig. Aber entscheidend ist auch hier, dass im Rahmen der Gefahrenabwehr alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten herangezogen werden, um Gefahren gar nicht erst auftreten zu lassen.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –  
Ute Schildt, SPD: Richtig. –  
Angelika Peters, SPD: Prävention,  
Prävention und noch mal Prävention.)*

Wir wollen Straftaten und schwere Kriminalität bis hin zu Terrorismusgefahr im Vorfeld verhindern. Das ist unsere Aufgabe des Bundes und der Länder.

Hier im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, wie gesagt, haben wir vor, Daten zu erheben bei Luftfahrtunternehmen und so weiter. Ich habe da auf einiges hingewiesen. Die Aufgabenstellung geht aber auch noch weiter. Wir haben vor, der Verfassungsschutzbehörde des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit zu geben, technische Mittel einzusetzen zur Ermittlung des Standortes eines Mobilfunktelefons.

*(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist so.)*

Technisch gesehen kann das inzwischen fast jeder.

*(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Ja, muss ja auch sein.)*

Inzwischen werden ja diese Daten auch verwendet, um Stau meldungen über den Verkehrsfunk zu verbreiten oder die Stau meldungen erst mal sozusagen zusammenzustellen, um sie danach verbreiten zu können. Die Frage ist also nicht, ob man die Daten erheben kann, sondern die Frage ist, ob der Verfassungsschutz diese Daten verwenden kann. Und warum sollen wir die Landesbehörden, in diesem Fall also den Verfassungsschutz, das kann man für die Polizei aber auch diskutieren, warum sollen wir diese Instrumente, die alle inzwischen haben – die Seite der Kriminalität hat sie auf jeden Fall –, denen, die die Kriminalität bekämpfen, nicht an die Hand geben? Und genau dieses nachholende Gesetzgebungsverfahren bringen wir jetzt auf den Weg.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Ich hoffe, nicht.)*

Ich werbe um Ihre Zustimmung. Wir werden ja im Innenausschuss noch einiges dazu miteinander diskutieren. – Vielen Dank.“

Peter Ritter, DIE LINKE:

## Landesregierung fordert vom Landtag gesetzgeberischen Blindflug“



Foto: Uwe Balewski

■ „Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition! Mit Ihren Ausreden zur Ablehnung unseres Antrages heute früh zum BKA-Gesetz haben Sie zumindest deutlich gemacht, dass es sich um ein schlechtes Gesetz handelt und dass es im Vermittlungsausschuss landen muss [...]

Das ist im Übrigen nicht das erste Mal, dass ein Gesetz im Bereich der inneren Sicherheit dort landet beziehungsweise von Gerichten wieder zurückgeholt wird. Insofern ist jedes Hinterfragen eines Gesetzes im Bereich der inneren Sicherheit notwendig. Deshalb wird meine Fraktion auch der Überweisung des vorliegenden Gesetzentwurfes federführend in den Innenausschuss zustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen darin überein, dass der Staat bei der inneren Sicherheit auf die neuen Herausforderungen reagieren muss. Streitpunkt bleibt allerdings, wie dabei die notwendige und angemessene Balance von gebotener Sicherheit und bürgerlicher Freiheit erreicht werden kann. Hierbei kommt der demokratischen Opposition eine besondere Verantwortung zu, und der werden wir uns nicht entziehen. [...]

Nach diesem Gesetzentwurf können die für die Prüfung zuständigen Wahlausschüsse künftig Beratung durch die Rechtsaufsichtsbehörden in Anspruch nehmen, sollten tatsächlich Anhaltspunkte Anlass zum Zweifel an der Verfassungs-

treue eines Kandidaten geben. In diesem Zusammenhang kann die Rechtsaufsicht die Verfassungsschutzbehörde fragen [...]

Der Schwerpunkt der vorliegenden, den Verfassungsschutz betreffenden Vorschriften liegt darin, der Landesverfassungsschutzbehörde die entsprechenden gesetzlichen Befugnisse zu geben, wie sie sich auf Bundesebene aus dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz ergeben. Dieser Schwerpunkt stellt dann auch das Hauptproblem für den Landesgesetzgeber dar. Das Hauptproblem ist nämlich ein Bundesproblem, und zwar nicht allein sicherheitspolitisch, sondern gesetzestechnisch.

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach festgestellt, dass der Gesetzgeber verpflichtet ist, Regelungen zu beobachten, bei deren Erlass hinsichtlich der Voraussetzungen und der wahrscheinlichen Folgen Ungewissheiten bestehen. Diese Regelungen sind zu evaluieren. In der allgemeinen Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfes wird daher zutreffend darauf verwiesen, dass das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz die Erkenntnisse aus der Evaluierung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes umsetze. Der Gesetzentwurf verschweigt allerdings auffallend, dass der entsprechende Evaluierungsbericht auf Bundesebene scharf kritisiert wurde. Weder das Überprüfungsverfahren noch die einzelnen Prüfkriterien und die zugrunde liegende Datenbasis waren gesetzlich geregelt. Nein, das Bundesministerium des Innern

selbst hat das Terrorismusbekämpfungsgesetz evaluiert, es selbst hat das Verfahren und die Kriterien festgelegt und damit wohl auch maßgeblich das Prüfungsergebnis. Dieses Verfahren lässt an der Aussagekraft dieser Überprüfung objektiv erhebliche Zweifel aufkommen. Auf dieser Basis soll nun auch der Landesgesetzgeber der Neuregelung zustimmen, um eine erforderliche und gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesverfassungsschutzbehörde zu ermöglichen.

[...] Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung fordert damit von diesem Landtag einen gesetzgeberischen Blindflug [...]. Es wird nicht dargelegt, ob man nicht auch mit herkömmlichen Mitteln das gleiche Ziel erreichen könne. Damit bleibt die Frage unbeantwortet, ob der Freiheitsverlust in erträglicher Relation zum Sicherheitsgewinn steht [...]

Im Rahmen der Anhörungen und Beratungen werden unter anderem die Fragen zu klären sein, ob beamtenrechtliche Grundsätze derartige Eingriffe in das Wahlrecht legitimieren, welche Missbrauchsmöglichkeiten denkbar sind, wie diese ausgeschlossen werden können und wie ein derartiges Verfahren rechtssicher und transparent auszugestalten wäre, um auch dem Datenschutz zu entsprechen [...].“

**Wolf-Dieter Ringguth, CDU:**

## „Kommunale Wahlbeamte müssen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten“

Foto: Uwe Bajewski



■ [...] Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt Bilder, die eine unglaublich suggestive Wirkung haben. Es gibt Bilder, die, zumindest gilt das für mich, man wohl bis zu seinem Lebensende nicht vergessen wird. Für mich gehören dazu die Bilder des 11. September 2001. Ich kann mich noch genau an diesen Tag erinnern. Man war – und ich glaube, mir ging es so wie den meisten – sich natürlich über die Tragweite dessen, was da wirklich geschehen ist, nicht hundertprozentig im Klaren. Aber man hatte ein Gefühl von Ohnmacht, daran kann ich mich noch erinnern, und man wusste sehr genau, mit diesem Tag wird etwas anders sein in dieser Welt, völlig anders.

*(Raimund Borrmann, NPD: Wieso?)*

Relativ schnell war auch klar, dass dieses nicht ein Problem der Vereinigten Staaten ist. Spätestens die Anschläge auf die Vortürme in Madrid dann wenig später

*(Raimund Borrmann, NPD:  
In den 40er Jahren wurden ganze Städte bombardiert.)*

oder die Terroranschläge in der U-Bahn in London haben uns gezeigt, [...] dass es ein sehr europäisches Problem, ein Problem der gesamten westlichen Welt ist.

[...] Der Bundesgesetzgeber hat aus dieser Bedrohungssituation ganz klare Konsequenzen gezogen und hat am Anfang dieses Jahres das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz beschlossen. Da

mag man, Herr Ritter, in einzelnen Passagen tatsächlich anderer Auffassung sein. Das will ich Ihnen gern zugestehen, aber es ist eine notwendige Reaktion auf diese neue Bedrohungssituation.

[...] dieser Gesetzentwurf steht natürlich damit in unmittelbarem Zusammenhang. Er beinhaltet drei Teile. Das sind einmal die Änderungen im Sicherheitsüberprüfungsgesetz. [...]

Über den zweiten Teil zum Landesverfassungsschutzgesetz – wir leben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft – hat mein Kollege Herr Dr. Timm ganz ausreichend ausgeführt, sodass ich mir das dann sparen kann. Ich will darauf nicht weiter eingehen, sondern, meine Damen und Herren – das ist vielleicht nahe liegend, in bin auch Bürgermeister –,

*(Udo Pastörs, NPD:  
Das sagt er auch noch laut.)*

mir liegen natürlich vor allem die Dinge am Herzen, die die kommunale Ebene betreffen, wengleich das dann sicherlich dazu führen wird, dass bei einigen Herren auf der rechten Seite wieder Unruhe aufkommt. Dem sehe ich, und das sage ich deutlich, gelassen entgegen.

*(Michael Andrejewski, NPD: Sehr mutig.)*

Meine Damen und Herren, Ausgangspunkt und zentrale Änderung ist die in Paragraph 61 Absatz 3 Kommunalwahlgesetz vorgenommene Änderung. Diese regelt

die Wählbarkeit und die Prüfung der Wählbarkeit der Kandidaten für kommunale Spitzenämter. Kommunale Wahlbeamte müssen nach den Vorschriften des Landesbeamtengesetzes die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit für diese freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Das ist eine Bedingung.

*(Udo Pastörs, NPD: So wie Sie.)*

So wie ich. Ich, Herr Pastörs, kann das deutlich für mich in Anspruch nehmen. Bei Ihnen befinde ich mich da schon in argem Zweifel.

*(Udo Pastörs, NPD: „Sag mir, wo du stehst!“ Kennen Sie das Liedchen?)*

Ich stehe auf der Seite des Grundgesetzes, und da stehe ich sehr komfortabel und gut, Herr Pastörs.

[...] Über das Vorliegen dieser Voraussetzungen, meine Damen und Herren, entscheidet aber eben ein Wahlausschuss und auch der ist demokratisch gewählt. Und sollten seine Mitglieder, und zwar aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, die wirklich auch vorliegen müssen, Zweifel an der Verfassungstreue haben, legen Sie den Wahlvorschlag der Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung der Wählbarkeitsvoraussetzung vor. Und diese Rechtsaufsichtsbehörde wiederum kann im Rahmen ihrer Prüfung, [...] Auskünfte über den Bewerber von der Verfassungsschutzbehörde unseres Landes einholen. [...]

Weil wir diese, wie ich finde, richtige und auch unabdingbare Prüfung, weil wir eben eine wehrhafte Demokratie brauchen, weil die auch wehrhaft sein muss [...] und weil wir sie ordnungsgemäß durchführen können müssen, sollen in der Folge die Fristen für die Wahlbekanntmachung, die Einreichung der Wahlvorschläge sowie die Festlegung des Wahltages verlängert werden. [...]

Meine Damen und Herren, so viel zum Inhalt. Lassen Sie mich Ihnen aber auch darlegen, warum meine Fraktion den Gesetz-

entwurf insgesamt einfach positiv bewertet. Kommunale Wahlbeamte, sei es als Bürgermeister oder Landrat, nehmen in ihrer Kommune eine herausragende Stellung ein [...]. Sie sind den Einwohnerinnen und Einwohnern im Kreis oder in der Gemeinde wichtige Personen. [...]

Ich will Ihnen sagen, ich bin seit 1990 in meiner Müritz-Gemeinde Bürgermeister [...], kommunale Selbstverwaltung braucht politisch engagierte Menschen, aber auch Menschen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Und diese Verknüpfung beider Tatbestände ist mir, meine Damen und Herren, eben ganz besonders wichtig, denn die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist definiert. [...] Meine Damen und Herren, diese freiheit-

lich-demokratische Grundordnung ist die Basis für unser gesamtes Rechtssystem. Sie zu verteidigen, ist die oberste Pflicht jedes Staatsbürgers und erst recht jedes Beamten, auch jedes Wahlbeamten. Und, meine Damen und Herren, es ist unsere Pflicht hier in diesem Hohen Hause.

*(Udo Pastörs, NPD:*

*Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden, Herr Hochmut, hätte ich jetzt schon fast falsch gesagt.)*

Da ist es unerträglich, ich sage Ihnen, unerträglich, wenn die Spitzenpositionen in einer Kommune mit Kandidaten besetzt werden sollen, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Für Bürgerinnen und Bürger ist eben der Landrat oder der

Bürgermeister auch so etwas wie ein personifizierter Staat. Das muss man sehen.

*(Stefan Köster, NPD:  
Wenn das Volk das will,  
dann ist das in Ordnung.  
Das ist Demokratie.)*

Wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann muss sich ein jeder darauf verlassen können, dass seine persönlichen Rechte in einem Gemeinwesen gewahrt bleiben. [...]

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle wird auch kommunale Selbstverwaltung gestärkt, denn Kommunalwahlen sind und bleiben Angelegenheit der Kreise und Gemeinden. [...]"

**Michael Andrejewski, NPD:**

## „Schon die jetzige Gesetzeslage ist Meilen weg vom Grundgesetz“



Foto: Uwe Balewski

■ „[...] Im Iran darf man nur zu Wahlen antreten, wenn man die Gewähr dafür bietet, jederzeit für den islamischen Staat einzutreten, und wer das nicht tut, der wird von den völlig unabhängigen Wahlausschüssen abgelehnt und darf nicht antreten. Kommt Ihnen das irgendwie bekannt vor? Nein? Schade, gut.

Wem dieses Gesetz einleuchtet, der zündet sich wohl jeden Morgen die erste Zigarette mit einem brennenden Grundgesetz an. Schon die jetzige Gesetzeslage ist Meilen weg vom Grundgesetz. In diesem werden Grundrechte großgeschrieben überraschenderweise. [...]

Einem Kandidaten die Teilnahme an der

Wahl zum Bürgermeister oder Landrat zu verweigern, greift gleich in zwei Grundrechte beziehungsweise grundrechtsgleiche Rechte ein, nämlich sowohl das auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern als auch in das passive Wahlrecht. [...]

Sie greifen in zwei Grundrechte ein, wo ein Eingriff in eines völlig ausreichen würde. Sie entziehen das passive Wahlrecht, was nach Artikel 18 Grundgesetz nur das Bundesverfassungsgericht darf. Die Sache wird früher oder später in Karlsruhe landen. Natürlich stehen die Gerichte in Mecklenburg-Vorpommern unter stärkstem politischen Druck. Ein Richter, der einen Kreistag verpflichten würde, eine Landratswahl aufzuheben, weil der NPD-

Kandidat ausgeschlossen wurde, könnte sich von seiner Karriere verabschieden. Er würde seines Lebens nicht mehr froh werden. Wahrscheinlich würden Antifalinkschaoten sein Haus belagern. Und auf Polizeischutz kann man sich in diesem Land nicht unbedingt verlassen, die Polizei muss ja Geburtstagsfeiern stürmen. [...]"

Gino Leonhard, FDP:

## „Wir wollen nicht, dass Verfassungsfeinde kommunale Ämter wahrnehmen“

Foto: Uwe Bajewski



■ „[...] Zunächst möchte ich im Namen meiner Fraktion ganz klar Folgendes feststellen: Wir Liberale wollen [...] keine Bürgermeister in den Rathäusern des Landes, die extremistische Ideologien verfolgen oder unterstützen. [...]

Wir wollen nicht, dass Verfassungsfeinde kommunale Ämter wahrnehmen. Nun gibt es aber verschiedene Wege, das zu verhindern. Zunächst sind da die politische Auseinandersetzung, die Information der Bürger über die Wahlziele einzelner Parteien oder Einzelbewerber sowie der Kampf für und um die Demokratie [...] letztlich muss es doch Ziel jedes vernünftig denkenden und politisch aktiven Menschen sein, die Bürger davon zu überzeugen, dass extreme Parteien nichts, aber auch gar nichts zu Lösungen von Problemen beitragen werden. [...]

Diese Parteien sind es [...] die Probleme erzeugen. Sie hetzen ganz bewusst auf, sie spielen Menschen gegeneinander aus und sie instrumentalisieren Ängste der Bevölkerung für ihre Ziele. Wenn die Menschen [...] solchen Parteien oder Einzelbewerbern keine Stimme mehr geben, ja, dann haben wir viel geschafft [...]

Ich weiß allerdings, dass dies ein langer und schwerer Weg ist, der mit Mühen, viel Engagement und insbesondere mit viel persönlichem Engagement der Abgeordneten verbunden ist. Der Innenminister will offensichtlich nicht warten, bis wir den extremen Kräften die Basis beim Wähler entzogen haben, er schlägt daher

Änderungen im Wahlgesetz vor, um eine Kandidatur zu verhindern. [...] Genau hier kommen wir an den Punkt, wo wir aufpassen müssen, dass die Regelungen praktisch anwendbar sind und gerade nicht dem Grundgesetz widersprechen.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. Sehr richtig.)*

Ich will heute keine rechtliche Bewertung vornehmen. [...] Das sollte aus unserer Sicht ausgewiesenen Staatsrechtlern vorbehalten sein. [...] Deshalb werden wir eine Anhörung im [...] Innenausschuss beantragen [...] Dann wird sich zeigen, inwieweit dieser Gesetzentwurf in all seinen Facetten tragfähig, umsetzbar und rechtlich unproblematisch ist [...].“

Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung am 19. November 2008.

Den Gesetzentwurf auf Drucksache 5/1936 finden Sie auf der Webseite des Landtages unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

### KOMMUNALWAHLGESETZ

Das Kommunalwahlgesetz regelt die Wahl der Gemeindevertretungen und Kreistage sowie die Wahl der Bürgermeister und Landräte. Anders als Gemeindevertreter oder Kreistagsmitglieder nehmen ehrenamtliche und hauptamtliche Bürgermeister sowie Landräte hoheitliche Aufgaben wahr. Sie werden deshalb zu Ehrenbeamten oder Wahlbeamten ernannt und müssen dazu die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen betreffen die Frage, ob ein Bewerber für das Amt eines Bürgermeisters oder Landrates die beamtenrechtliche Voraussetzung, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung einzutreten, erfüllt und wie diese Wählbarkeitsvoraussetzung geprüft wird.

Der Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes sieht vor, **§ 61 Wählbarkeit, Prüfung der Wählbarkeit** um folgenden Absatz 3 zu ergänzen:

(3) Über das Vorliegen der Wählbarkeitsvoraussetzung gemäß Absatz 2 Nr. 2 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 Nr. 2 und §§ 127, 128, 129 des Landesbeamtengesetzes, wonach der Bewerber die Gewähr dafür bieten muss, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern einzutreten, entscheidet der zuständige Wahlausschuss. Liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, die Anlass zu Zweifeln geben, ob die in Satz 1 genannte Voraussetzung vorliegt, legt der zuständige Wahlausschuss den Wahlvorschlag der Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung dieser Wählbarkeitsvoraussetzung vor. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann im Rahmen ihrer Prüfung Auskünfte über den Bewerber von der Verfassungsschutzbehörde des Landes Mecklenburg-Vorpommern einholen. Sie hat diese Auskünfte umgehend zu erteilen. Die Rechtsaufsichtsbehörde unterrichtet den Wahlausschuss unverzüglich über das Ergebnis ihrer Prüfung.

## Verwaltungsreform

### Innenminister berichtet vor Enquetekommission

■ Bei der anstehenden Kreisgebietsreform favorisiert das Innenministerium die Kreismodelle 6 plus 2 bzw. 7 plus 2 – das heißt sechs oder sieben Landkreise und zwei kreisfreie Städte. Dies erklärte Innenminister Lorenz Caffier am 14. November in seinem Bericht vor der Enquetekommission des Landtages. Nach Aussagen des Ministers finden beide Modelle Zuspruch bei fast allen Gebietskörperschaften.

Bei seinem Bericht über den Vorbereitungsstand von Gesetzen zur Verwaltungsreform bezog sich Innenminister **Lorenz Caffier** ausführlich auf die Kreisgebietsreform. Ein Gesetzentwurf der Landesregierung soll nach erneuter Beratung im Kabinett im Juni 2009 in den Landtag eingebracht werden.

Nach Aussage Caffiers favorisiert das Innenministerium für die Kreisgebietsreform unter Beachtung aller Vor- und Nachteile die Kreismodelle 6 plus 2 und 7 plus 2. Für diese beiden Varianten spreche unter anderem die Minimierung bzw. der Verzicht auf die zusätzliche Zerschneidung derzeit bestehender Landkreise. Beide Modelle fänden die Zustimmung fast aller Gebietskörperschaften, so Caffier. Im Rahmen der Kreisgebietsreform soll ebenfalls eine Einkreisung der vier kleineren, bisher kreisfreien Städte Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald und Wismar geprüft werden. Ohne eine Einkreisung seien leitbildgerechte Kreiszuschnitte nicht möglich.

Ein zweites Gesetzesvorhaben in Verbindung mit der Verwaltungsreform stellt die Funktionalreform dar. Einen entsprechenden Gesetzentwurf will die Landesregierung voraussichtlich im September 2009 in den Landtag einbringen. Im Zuge der Funktionalreform sollen folgende Aufgaben vom Land auf die kommunale Ebene übertragen werden: Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Immissionsschutz (kleinere Anlagen) und Abfall, Wasser und Boden, Bundeselterngehalt, das Landesjugendamt und weitere Einzelaufgaben.



Innenminister Lorenz Caffier erläutert vor der Enquetekommission die Vorschläge der Landesregierung zur Kreisgebietsreform.

Schließlich steht die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes auf der Agenda. Der Gesetzentwurf soll nach Abschluss der Kabinettsberatung im März 2009 dem Landtag zugeleitet werden. Zu den wichtigsten Eckpunkten zählt die Beibehaltung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes als Bemessungsgrundlage. Eine Stärkung der Zentralen Orte verspricht man sich durch die Aufstockung des entsprechenden Vorwegabzuges um 30 Mio. Euro, die Erhöhung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen und die Erhöhung der Zuweisungen an die Zentralen Orte.

Bei ihren Sitzungen am 5. und am 12. Dezember will die Enquetekommission Kriterien zur Bewertung des künftigen Status heute kreisfreier Städte erarbeiten. Zudem wird in der Kommissionssitzung am 12. Dezember Prof. em. Dr. Wolfgang Riedel zu seinem Gutachten „Verflechtungsbeziehungen im Stadt-Umland-Raum der Mittelzentren“ von den Mitgliedern der Enquetekommission angehört.

## Schulgesetz

### Öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss

■ Die Einführung der Selbstständigen Schule findet bei Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Stiftungen, Universitäten, Vereinen und Kommunen eine breite Zustimmung. Kritisiert werden dagegen die Pläne der Landesregierung zur Finanzierung. Insbesondere die Schulen in freier Trägerschaft wehren sich gegen die geplante Kürzung der Zuschüsse. Bei einer öffentlichen Anhörung am 13. November im Bildungsausschuss kamen Befürworter und Kritiker zu Wort.

37 Vertreter von Lehrer-, Schüler- und Elternverbänden sowie Schulträgern waren zur Anhörung eingeladen worden. Einig war man sich darüber, dass die Einführung der Selbstständigen Schule grundsätzlich ein Fortschritt ist. Mehr Spielräume für die Schulleitungen bei der Profilierung ihrer Schule, bei der Gestaltung des Unterrichts, individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers, Freiräume bei der Zusammenarbeit mit Partnern – dies alles sei zu begrüßen. Kritisch zu bewerten sei jedoch, dass die Einführung der Selbstständigen Schule unter haushaltspolitischen Sparzwängen stehe. In der Kritik auch die geplante schülerbezogenen Mittelzuweisung. Insbesondere die Vertreter der Schulen in freier Trägerschaft kritisierten die damit verbundene Kürzung der Mittel für ihre Einrichtungen. Strittig sind auch die Regelungen zum Schülertransport. Die angekündigte freie Schulwahl ab Klasse 5 sei praktisch nicht möglich, wenn der Schülertransport nur bis zur nächstgelegenen Schule bezahlt würde.

Die Anzuhörenden forderten den Bildungsausschuss nachdrücklich zu Nachbesserungen am Gesetzentwurf auf. Nur dann seien die Ziele, die sich das Land mit der Einführung der Selbstständigen Schule gestellt habe, auch zu erreichen.

Der Verkehrsausschuss beriet am 3. Dezember über die Auswirkungen der freien Schulwahl auf den Schülerverkehr und den gesamten Öffentlichen Personennahverkehr. Er empfahl, die freie Schulwahl um ein Jahr zu verschieben, um die Finanzierung der Schülerbeförderung und des ÖPNV zu klären.

Foto: Cornelius Kettler

# Klimaschutz und Energie- politik

## EU-Jugendforum im Schweriner Schloss

■ Am 1. Dezember diskutierten über 100 Schülerinnen und Schüler im Schweriner Schloss mit Landtagsabgeordneten und Vertretern des Europäischen Parlaments über Energie- und Klimaschutzpolitik.

Die Jugendlichen kamen gut vorbereitet ins Schweriner Schloss. Bereits im Unterricht hatten sie sich ausführlich mit den beiden Themen CO<sub>2</sub>-Emissionen und Bio-Kraftstoffe beschäftigt. Nachdem sie in Workshops ihre Positionen dargelegt und ausgetauscht hatten, diskutierten sie im anschließenden Hearing mit den Abgeordneten darüber, ob Biodiesel der Kraftstoff der Zukunft ist und ob die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2010 um 20 Prozent reduziert werden sollen.

Das Jugendforum in Schwerin war die zweite Station einer deutschlandweiten Veranstaltungsreihe, die vom deutschen Informationsbüro des EU-Parlaments in Kooperation mit den Landtagen realisiert wird. Bei den Foren sollen Schülerinnen und Schülern lernen, dass zukunftsweisende Entscheidungen in immer stärkerem Maße eine europäische oder globale Dimension haben.

Der Landtag habe dieses Projekt sehr gern unterstützt, sagte Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider. Es könne dazu beitragen, das Interesse der Schülerinnen und Schüler für EU-Politik zu verstärken. Gerade bei dem Thema Umweltschutz könnten die Jugendlichen sehr gut begreifen, dass europäische Politik das Leben jedes Einzelnen berührt und dass für tragfähige Entscheidungen die Mitwirkung vieler Akteure unverzichtbar ist.

An dem Jugendforum nahmen Schüler vom Gymnasium „Am Sonnenkamp“ Neukloster, vom Christian-Ludwig-Liscow-Gymnasium Wittenburg, von der Beruflichen Schule des Landkreises Parchim, der Beruflichen Schule des Landkreises Ludwigslust, der Beruflichen Schule „J.H. von Thünen“ Güstrow und vom Pädagogium Schwerin teil.



Im Gespräch mit den Jugendlichen v.l. Dr. Bernd Kunzmann vom Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland, Landtagsabgeordnete Birgit Schwabs (DIE LINKE), NDR-Moderatorin Cornelia Dürsen und Landtagsabgeordneter Detlef Müller (SPD).

## Ehrung

### Verdienstorden Westpommerns für Landtagspräsidentin

■ Sylvia Bretschneider ist am 10. November in Stettin mit dem „Goldenen Greif Westpommern“ ausgezeichnet worden. Es handelt sich um die höchste Auszeichnung der Woiwodschaft.



Władysław Husejko, Marschall der polnischen Woiwodschaft Westpommern, zeichnet Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider mit dem „Goldenen Greif Westpommern“ aus.

Mit dieser Auszeichnung sollen die Verdienste von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider um die „fruchtbare Zusammenarbeit mit der Region Westpommern“ gewürdigt werden, so die Begründung. Die Übergabe des Ordens erfolgte im Stettiner Schloss während einer Feierstunde anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Selbstverwaltung der polnischen Woiwodschaften.

Sylvia Bretschneider: „Ich freue mich über die Auszeichnung, die ich auch stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen im Landtag erhalten habe und mit der insbesondere die Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Parlamentsforum Südliche Ostsee gewürdigt wird. Sie ist zudem Ausdruck des über Jahre hinweg gewachsenen Vertrauens, das wir in vielen Begegnungen und gemeinsamen Pro-

jekten zueinander aufgebaut haben.“ Es sei keineswegs eine Selbstverständlichkeit, dass Deutsche von Polen ausgezeichnet werden, sagte Bretschneider in ihrer Dankesrede. Sie erinnerte daran, dass am Vortag, dem 9. November, überall in Deutschland nicht nur des Berliner Mauerfalls vor fast 20 Jahren gedacht wurde, sondern vor allem des 70. Jahrestages der Progromnacht. „Die schrecklichen Ereignisse dieser Nacht waren der Auftakt der organisierten Ermordung vor allem jüdischer Menschen, darunter Millionen Ihrer Landsleute“, sagte die Politikerin. „Vor diesem Hintergrund ist die gerade uns Deutschen mit dieser Auszeichnung erwiesene Ehre Ausdruck Ihrer Bereitschaft, trotz dieses nicht wieder gut zu machenden Unrechts und Leids, das unsere deutschen Vorfahren Ihrem Volk antaten, Brücken zu bauen, unser Bemühen anzuerkennen, diese Schuld abtragen zu wollen“, erklärte sie. Sie verstehe die Auszeichnung als gemeinsame Verpflichtung für die Zukunft, „unsere bisherige gute Zusammenarbeit weiter zu vertiefen und auszubauen, um gute Nachbarn zu sein und gemeinsam das Wohl unserer Regionen in Europa zu fördern“.

Seit 2004 arbeiten die Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie die regionalen Vertretungskörperschaften der polnischen Woiwodschaften Westpommern und Pommern im „Parlamentsforum Südliche Ostsee“ zusammen. Ziel ist es, die bereits existierenden bilateralen Partnerschaften und sonstigen parlamentarischen Beziehungen auf regionaler Ebene stärker miteinander zu vernetzen. Eingebunden in diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind auch Parlamentsvertreter der schwedischen Region Schonen und des Kalinin-Grader Gebietes der Russischen Föderation.

# Zeitensprünge

**Jugendliche erforschen Geschichte ihrer Heimat**

■ „Nur wer die Geschichte der eigenen Heimat kennt, kann die Gegenwart und Zukunft mitgestalten!“ Dies sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 13. November beim Empfang des Landtages zu den Schülerinnen und Schülern, die im Schweriner Schloss die Ergebnisse ihrer Nachforschungen im Rahmen des bundesweiten Projektes „Zeitensprünge“ präsentiert haben.

Auch in diesem Jahr haben sich Hunderte Kinder und Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern auf Spurensuche begeben und die großen und kleinen Geschichten ihres Heimatortes, ihrer Region oder auch ihrer Familie erforscht. So hat zum Beispiel die Jugendinitiative TONI Neubrandenburg die Zeit zwischen 1933 und 1945 in ihrer Stadt erkundet. Der Kulturverein für Reddelich und Brodhagen e.V. hat eine Chronik der Freiwilligen Feuerwehr Reddelich erarbeitet. Das Projekt des Schwiesower Freizeit- und Kulturtreffs hat sich mit der Kinder- und Jugendzeit in der DDR beschäftigt. Die Geschichte des Wehrmachtsgefängnisses in Anklam haben Mädchen des Vereins katholische Mädchensozialarbeit Vorpommern erforscht. Und die Footballer des PSV 90 e.V. Neubrandenburg setzten sich mit ih-



Olivia Heidecke (li.) und Luise Seemann vom Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium Greifswald haben mit ihrer Klasse 11/3 die 136-jährige Geschichte ihrer Schule erforscht.

rem Projekt „... wir können auch anders!“ mit der Gewalt in Fußballstadien auseinander.

Welches Thema sich die 12- bis 18-jährigen Projektteilnehmer auch gewählt hatten – sie alle machten die Erfahrung: Es ist etwas anderes, ob man im Geschichtsbuch liest, was irgendwo geschehen ist, oder ob man durch konkrete Projektarbeit Einblicke gewinnt, die im Geschichtsbuch so nicht vorkommen!

Beim 5. JugendgeschichteTag, den der Landesjugendring traditionell im Schweriner Schloss organisiert hatte, bekamen die jungen Geschichtsforscher die Chance, die Ergebnisse ihrer Spurensuche der Öffentlichkeit zu präsentieren, sich auszutauschen und von ihren Erfahrungen zu berichten. Ministerpräsident Erwin Sellering, Schirmherr des Zeiteinsprünge-Projekts, ließ sich bei einem Rundgang die Forschungsergebnisse erläutern und stand anschließend bei einem „Jugendge-

schichtstalk“ zusammen mit Christian Schwochow, dem Regisseur des deutschen Spielfilms „Novemberkind“, als Gesprächspartner zur Verfügung.

„Der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern berät und begleitet als regionaler Kontaktpartner die Jugendlichen bei ihren Projekten“, erklärt Cheforganisator Dirk Siebernik. „Wir wollen in Kooperation mit dem Jugendprogramm „Zeiteinsprünge“ der Stiftung Demokratische Jugend den Begriff Heimat wieder positiv besetzen und junge Menschen an ihre geschichtlichen Wurzeln zu erinnern.“ Das Projekt „Zeiteinsprünge“ geht weiter. Bis zum 19. Januar können sich Jugend- und Schülergruppen mit ihrer Projektidee anmelden und eine Förderung bis zu 1.100 Euro beantragen, um die Recherche und die Dokumentation der Forschungsergebnisse zu finanzieren. Kontakt: [d.siebernik@inmv.de](mailto:d.siebernik@inmv.de) [www.zeiteinspruenge.org](http://www.zeiteinspruenge.org)



Schülerinnen und Schüler von der Rostocker Schule am Schäferteich befragten ihre Eltern nach deren Alltag als 15-Jährige in der DDR. Ergebnis waren schließlich amüsante und zugleich nachdenkliche Spielszenen, in denen die „Zeiteinspringer“ im wahrsten Wortsinne zwischen dem eigenen Alltag und der Jugendzeit ihrer Eltern hin und her sprangen.

*Das Jahr 2008  
im Landtag*

# *Rückblick*





Fotos: Cornelius Kettler

### ■ Plädoyer für Demokratie

„Der 30. Januar 1933 steht für das Ende von Freiheit und Menschlichkeit.“ Dies sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zu Beginn der Plenarsitzung am 30. Januar. Sie appellierte an die Verantwortung aller Demokraten, die Feinde von Freiheit und Demokratie in die Schranken zu weisen. Am Ende ihrer Ausführungen erhoben sich alle Abgeordneten der demokratischen Fraktionen sowie die Besucher auf der Gästetribüne im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus für eine Schweigeminute von ihren Plätzen, während die NPD-Abgeordneten sitzen blieben und damit einen Eklat provozierten.

### ■ Neues Landesverfassungsgericht

Am 30. Januar wählte der Landtag acht neue Mitglieder des Landesverfassungsgerichts. Dies war erforderlich geworden, da die zwölfjährige Amtszeit der bisherigen Besetzung des obersten Landesgerichts abgelaufen war. Mit Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern, wurde erstmals eine Frau an die Spitze des Landesverfassungsgerichts gewählt.



### ■ Zwischenbericht zur Kreisgebietsreform

Am 3. April verabschiedete die Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ ihren Zwischenbericht zur Kreisgebietsreform. Im Zuge ihrer Beratungen und Expertenanhörungen hat die Kommission das von der Landesregierung beschlossene Leitbild in mehreren Punkten verändert. Unter anderem wurde der umstrittene künftige Status der kreisfreien Städte noch offen gehalten. Am 24. April billigte der Landtag die Empfehlung der Enquete-Kommission für die Kreisgebietsreform. In der teilweise heftig geführten Debatte verteidigten Vertreter von SPD und CDU das Konzept. Den Zwischenbericht trägt auch die FDP mit, das Leitbild der Regierung wegen deren Vor-

festlegungen hingegen nicht. Die Linksfraktion und die NPD stimmten dem Zwischenbericht nicht zu.

In den darauf folgenden Wochen führte die Kommission mehrere Expertenanhörungen zum Problem der Stadt-Umland-Beziehungen und zur möglichen Einkreisung von bisher kreisfreien Städten durch. Am 14. November erläuterte Innenminister Lorenz Caffier die von der Landesregierung favorisierten Kreismodelle 6 plus 2 bzw. 7 plus 2 – das heißt sechs oder sieben Landkreise und zwei kreisfreie Städte.

### ■ Neue Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen

Marita Pagels-Heineking wurde am 2. Juli vom Landtag zur neuen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. Die 52-Jährige leitete seit 1991 die Außenstelle Neubrandenburg der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Sie löst Jörn Mothes ab, der nach zwei Amtszeiten als Landesbeauftragter nicht noch einmal gewählt werden konnte.



### ■ Familienkonvent

Die Familien in Mecklenburg-Vorpommern bekommen eine Vertretung und damit eine bessere Lobby in der Landespolitik. Der Landtag beschloss am 4. Juli die Gründung eines „Familienkonvents“. Die Interessenvertreter sollen im Zwei-Jahres-Rhythmus im Schweriner Schloss zusammenkommen und über die Belange von Kindern und Familien beraten. Die NPD lehnte den Antrag ab.

### ■ Nichtraucherchutz – Keine Ausnahme für Eckkneipen

Der Landtag lehnte am 25. September erneut eine Novellierung des Nichtraucherchutzgesetzes ab. Die FDP hatte gelockerte Regelungen für „getränkeorientierte Kleingastronomie“ („Eckkneipen“) gefordert und sich dabei auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2008 berufen. Die Mehrheit der Par-



Foto: Rainer Cordes

Die neue Landesregierung: v.l. Verkehrsminister Volker Schlotmann, Finanzministerin Heike Polzin, Sozialministerin Manuela Schwesig, Ministerpräsident Erwin Sellering, Agrarminister Dr. Till Backhaus, Innenminister Lorenz Caffier, Wirtschaftsminister und stellv. Ministerpräsident Jürgen Seidel, Justizministerin Uta-Maria Kuder, Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung Dr. Margret Seemann, Bildungsminister Henry Tesch.

lamentarier sprach sich jedoch dafür aus, den Nichtraucher-schutz nicht aufzuweichen, und lehnte Sonderregelungen ab. Bereits am 23. April war die FDP mit dem Versuch gescheitert, das Nichtraucher-schutzgesetz in einigen Punkten zu ändern.

#### ■ **Neue Landesregierung**

Am 6. Oktober wählte der Landtag Erwin Sellering zum neuen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern. Dr. Harald Ringstorff, seit 1998 Regierungschef, war am 4. Oktober aus Altersgründen zurückgetreten. Nach seiner Vereidigung berief Erwin Sellering sein neues Kabinett. Der neuen Landesregierung gehören wiederum jeweils vier Minister von SPD und CDU an. Während es bei der Union keine personellen Veränderungen gab, gehören drei SPD-Minister dem Kabinett erstmals an. So wurde die bisherige Landtagsabgeordnete Heike Polzin Finanzministerin, der bisherige SPD-Landtagsfraktionschef Volker Schlotmann Verkehrsminister und die bisherige Schweriner Kommunalpolitikerin Manuela Schwesig Sozialministerin.

#### ■ **Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“**

32.000 Bürgerinnen und Bürger haben die Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ mit ihrer Unterschrift unterstützt. Am 16. April übergaben Vertreter der Bürgerinitiative die Unterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Am 3. Juli stand das Thema dann erstmals auf der Tagesordnung des Plenums und sorgte für eine erregte Debatte. DIE LINKE forderte einen Verzicht auf das Vorhaben, die SPD sprach sich für eine Halbierung der Kapazität aus, CDU und FDP befürworteten das Projekt. Mit den Stimmen aller fünf Fraktionen wurde der Antrag der Volksinitiative zur Beratung an die Ausschüsse für Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr und Soziales überwiesen. Am 22. Oktober lehnte der Landtag nach erneuter heftiger Debatte die Volksinitiative mit Stimmen von SPD und CDU ab. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte einer Entschließung zu, in der auf das laufende Genehmigungsverfahren samt Anhörungen verwiesen wird.

#### ■ **Volksinitiative „Kostenfreies Mittagessen in Grundschulen“**

„Für ein kostenfreies Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Grundschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ – so der Titel einer Volksinitiative, die die Linkspartei im Oktober 2007 gestartet hatte. Am 27. Februar übergaben die Initiatoren 17.500 Unterstützerunterschriften an Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel. Der Landtag behandelte das Thema in seiner Sitzung am 5. Juni und überwies die Initiative zur weiteren Beratung in die Ausschüsse für Bildung, Finanzen und Inneres. Am 22. Oktober lehnte der Landtag die Volksinitiative mit deutlicher Mehrheit ab. Das Anliegen sei zwar sinnvoll, von den Schulträgern in den Kommunen aus Kostengründen derzeit aber nicht umsetzbar.

#### ■ **Neues Schulgesetz**

Am 24. September brachte Bildungsminister Henry Tesch den Entwurf für ein neues Schulgesetz in den Landtag ein. Das Gesetz soll vom nächsten Schuljahr an gelten. Der Entwurf sieht unter anderem mehr Selbstständigkeit für die Schulen, freie Schulwahl ab Klasse fünf und individuelle Förderpläne für die Schüler vor. Auch die Finanzierung soll umgestellt werden, künftig sollen die Schulen Zuweisungen je Schüler und nicht mehr je Klasse erhalten. Zudem sollen die Erziehungsberechtigten über einen „Pflichtenkatalog“ für Eltern zur Mitwirkung an der Schule herangezogen werden.

Am 13. November hörte der Bildungsausschuss 37 Vertreter von Lehrer-, Schüler- und Elternverbänden sowie Schulträgern als Sachverständige zum Gesetzentwurf an. Einig war man sich darüber, dass die Einführung der Selbstständigen Schule grundsätzlich ein Fortschritt ist. Kritik gab es für die Finanzierungspläne, insbesondere für die geplante schülerbezogene Mittelzuweisung. Strittig sind auch die Regelungen zum Schülertransport. Der Verkehrsausschuss empfahl, die freie Schulwahl um ein Jahr zu verschieben, um die Finanzierung der Schülerbeförderung und des ÖPNV zu klären.



Fotos: Uwe Balewski

## Zusammenarbeit im Ostseeraum

### ■ Anhörung der Arbeitsgruppe Energie

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nahmen am 24. und 25. Januar rund 60 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an einer zweiten internationalen Anhörung des Parlamentsforums Südliche Ostsee in Stettin teil, darunter auch eine zehnköpfige Delegation des Landtages M-V. Themen waren die Erhöhung der Energieeffizienz, die Nutzung regenerativer Energien und Fragen eines regionalen Energiemix. Die Abgeordneten der beteiligten Regionalparlamente regten die Gründung eines länderübergreifenden Forschungszentrums für erneuerbare Energien an.

Eine erste internationale Anhörung des Parlamentsforums zum Thema Energie hatte bereits im Dezember 2007 im Schweriner Schloss stattgefunden.

### ■ Arbeitsgruppe legt erste Handlungsempfehlungen vor

Am 11. und 12. März fand in Stettin die erste Auswertung der beiden internationalen Sachverständigenanhörungen statt. Die Arbeitsgruppe sprach sich für die verstärkte Nutzung regenerativer Energiequellen wie Windkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie aus, um den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 signifikant zu erhöhen. Darüber hinaus standen die Verbesserung der Energieeffizienz, der Aus- und Umbau grenzüberschreitender Transportnetze für eine sichere und zukunftsweisende Energieversorgung sowie rechtliche Bestimmungen und Fördermaßnahmen zur Diskussion.

### ■ Parlamentsforum Südliche Ostsee

Vom 18. bis 20. Mai fand auf Einladung des Sejmik Westpommern in Kolobrzeg (Kolberg) das 6. Parlamentsforum Südliche Ostsee statt. Unter dem Leitthema „Forschung als Integrationsfaktor und Chance der Wirtschaftsentwicklung in der Südlichen Ostsee“ berieten über 150 Teilnehmer aus den Landtagen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie den Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern und Pommern mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über gemeinsame Interessen und Ziele bei der Energiepolitik, der integrierten maritimen Politik und der Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft



Foto: Cornelius Kettler

und Regionalpolitik. Erstmals waren Vertreter aus Ermland-Masuren und aus der Kaliningrader Gebietsduma als gleichberechtigte Partner sowie Mitglieder der Vertretungskörperschaft der schwedischen Region Schonen bei der Konferenz dabei. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hatte darüber hinaus fünf Jugendliche eingeladen, als Beobachter bei der Konferenz dabei zu sein.

Am 3. Juli stimmten die vier demokratischen Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und FDP der Kolberg-Resolution zu. Die NPD-Fraktion lehnte den Antrag ab.

Das 7. Parlamentsforum Südliche Ostsee wird vom 5. bis 7. Juli 2009 durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin ausgerichtet.



Wolgast



Bützow



Schwerin



Anklam

## „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“

### ■ Überparteiliches Bündnis wirbt für Demokratie

Am 9. April starteten der Landtag, die Kirchen, Künstler, Gewerkschaften und Unternehmensverbände im Festsaal des Schweriner Schlosses die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Ziel der Kampagne ist es, die Menschen von den demokratischen Grundwerten zu überzeugen und sie zu motivieren, sich aktiv dafür einzusetzen. Bei der Auftaktveranstaltung forderte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider ein offensives Eintreten für demokratische Prinzipien. „Die Zivilgesellschaft muss Flagge zeigen, um möglichst wenig Lücken zu lassen, in die Extremisten stoßen können“, sagte sie vor mehr als 200 Gästen.

Mittlerweile haben über 260 Institutionen und Einzelpersonen den Aufruf unterzeichnet. Zahlreiche Veranstaltungen im ganzen Land standen unter dem Motto der Kampagne. Der Landtag selbst unterstützt die Initiative mit seiner Tour „Landtag vor Ort“. Mit einem bunten Zeltauftritt informiert er dabei über die Arbeit des Landesparlaments und wirbt für eine demokratische Zivilgesellschaft. Bei einem „Parlamentsspiel vor Ort“ können Schüler die Arbeit von Abgeordneten simulieren. Außerdem organisiert der Landtag in Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort Diskussionsrunden und Kulturveranstaltungen. Diese Aktionen sollen auch 2009 fortgesetzt werden.

### WIR-Geschäftsstelle

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Mecklenburgstr. 59, 19053 Schwerin,  
Tel. 0385 / 555709-14, Fax. 0385 / 555709-13  
sekretariat@akademie-schwerin.de, www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de

### Chronik 2008

#### 1. Juni

Auftakt der Aktion „Landtag vor Ort“ beim Schlossfest Schwerin

#### 14. Juni

Tag der Vereine in Anklam

#### 19. Juni

Wolgast - Projekttag mit „Parlamentsspiel“ im Runge-Gymnasium

#### 05./06. Juli

MV-Tag in Ribnitz-Damgarten

#### 7. Juli

Informationsveranstaltung in Bützow zum Thema NPD-Verbot

#### 30. August

Stadtfest in Bützow

#### 13. September

Markt der Möglichkeiten in Sassnitz

#### 18. September

Projekttag „Augen auf – Schule gegen Gewalt“ in der Beruflichen Schule Wirtschaft und Verwaltung Schwerin

#### 20. September

Lindenfest in Lübbtheen

#### 9. Oktober

„Parlamentsspiel“ im Greifen-Gymnasium Ueckermünde

#### 17. November

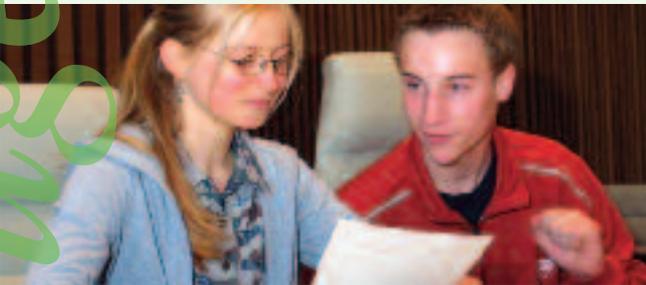
„Parlamentsspiel“ in der Regionalen Schule Lübbtheen

#### 2. Dezember

Informationsveranstaltung in Neubrandenburg zum Thema NPD und Wahlen



Theaterprojekt



Schülerprojekt Parlament



Jugend debattiert



Sternsinger

## Projekte für Kinder und Jugendliche

Sich vor Ort über die Arbeit des Landtages informieren, bei der Landtags-sitzung live dabei sein, mit Abgeordneten diskutieren – kein Problem. Der Besucherdienst des Landtages organisiert nicht nur die Betreuung von Besuchergruppen, sondern lädt insbesondere Jugendliche zu interessanten Projekten ein. Mehr als 1000 Schülerinnen und Schüler waren 2008 an den folgenden Projekten beteiligt:

### ■ Schülerprojekt Parlament

Neun Mal simulieren Schüler bei dem dreistündigen Projekt die Arbeit der Abgeordneten. Alles an den „Originalschauplätzen“ im Schweriner Schloss!

### ■ Landtag vor Ort

Im Rahmen der Aktion „Landtag vor Ort“ fand das „Parlamentsspiel“ zusätzlich in Wolgast, Ueckermünde und Lübbtheen statt.

### ■ Sternsinger-Empfang

Am 14. Januar lud Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider Sternsinger aus ganz Mecklenburg-Vorpommern ins Schweriner Schloss ein.

### ■ Ravensbrück-Projekt

Am 26. und 27. Mai setzten sich Schülerinnen und Schüler aus Ludwigslust und aus Neuruppin mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und den humanistischen Werten unserer demokratischen Gesellschaft auseinander.

### ■ Jugend debattiert

Am 28. April fand im Plenarsaal des Schlosses das Landesfinale „Jugend debattiert“ statt.

### ■ Theaterprojekt „Von dort“

Schüler und Studenten aus Frankfurt / Oder präsentierten ihr Theaterprojekt „Von dort. Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie“ nach dem Buch der Holocaust-Überlebenden Batsheva Dagan im Februar 2008 im Schweriner Schloss sowie in Wismar und Güstrow rund 360 Jugendlichen.

### ■ EU-Jugendforum

Bei einem EU-Jugendforum am 1. Dezember diskutierten rund 100 Jugendliche im Schweriner Schloss mit Abgeordneten des Landtages des EU-Parlamentes.

### ■ Anhörung

Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern nahmen als Gäste an Anhörungen und Konferenzen des Parlamentsforums südliche Ostsee teil.

#### Besucherdienst

Christine Wittwer, Tel. 0385 / 525-2105  
Claudia Richter, Tel. 0385 / 525-2183, Fax. 0385 / 525 2151  
oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de



3. April: Schülerinnen und Schüler aus dem US-Bundesstaat Michigan besuchen den Landtag.



27. Januar: Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im ehemaligen Wehrmachtgefängnis Anklam



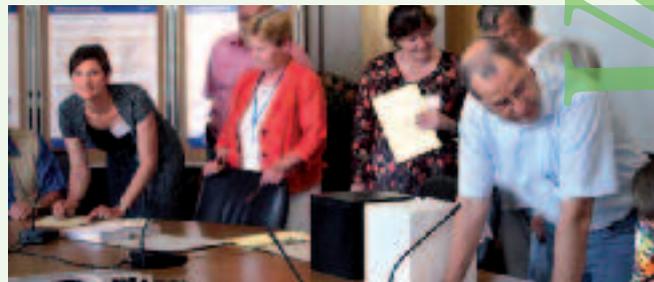
21. Januar: Grüne Woche – Landtag wirbt für Mecklenburg-Vorpommern



1. Juni: Tag des offenen Schlosses im Landtag

## Begegnungen

■ 2008 nutzten 364 Gruppen die Chance zu einem Besuch im Landtag. Die meisten kamen aus den Wahlkreisen der Abgeordneten, aber auch 46 Gruppen aus den alten Bundesländern und 33 Besuchergruppen aus dem Ausland waren beim Parlament in Schwerin zu Gast. Das waren insgesamt 12.156 Besucher, davon 5.044 Jugendliche! 116 Gruppen konnten auf der Gästetribüne des Plenarsaals live bei einer Landtagssitzung dabei sein, und 207 Gruppen diskutierten mit Abgeordneten über landespolitische Fragen. Darüber hinaus nahmen viele hundert Interessenten an Veranstaltungen des Landtages teil.



1. Juni: Tag des offenen Schlosses im Landtag



Sommerfest



Regenkanal Lennéstrasse



Stierbändiger



Burggarten



Uferbefestigung



Nachgründung

## Mit Hochdruck bis zur BUGA

■ Damit die BUGA-Besucher im kommenden Jahr das Schloss in seiner vollen Schönheit erleben können, wurde im Jahr 2008 verstärkt gebaut. Insgesamt 6,3 Mio € flossen in Maßnahmen zur Grundinstandsetzung und Bauunterhaltung. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Sanierung zahlreicher Außenfassaden und der Nachgründung von Fundamenten. Die Sanierung der Dachaufbauten soll bis Ende März 2009 erfolgen, so dass während der BUGA auf der Stadtseite keine Gerüste das Schloss verstellen. Während der BUGA wird dann vor allem an den Innenhoffassaden gearbeitet und mit der Terrakottenrestaurierung im Medailonsaal begonnen.

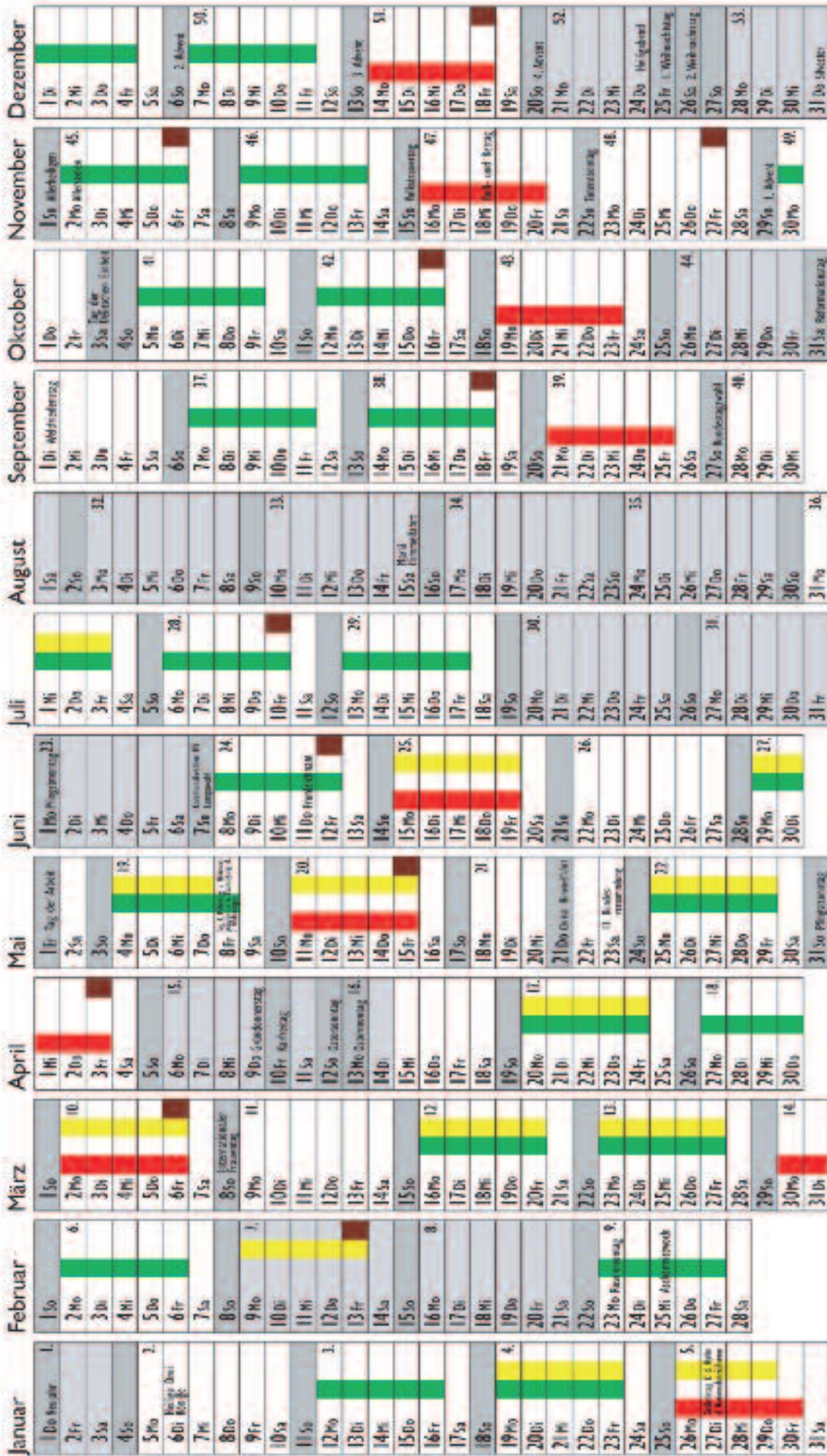
### Baumaßnahmen am Schloss, die abgeschlossen sind bzw. bis zur BUGA abgeschlossen werden:

- Rekonstruktion des nördlichen Burggartens
- Nachgründung der Schlosskirche
- Sanierung der seeseitigen Fassade am Haus über der Schlossküche
- Sanierung der Fassade an der Westbastion
- Sanierung der Fassade am Südturm und am Burgseeflügel
- Instandsetzung der Fassaden, Balustrade und Geländer an der Orangerie
- Sanierung des Kohleganges, Regenkanals und Lichthofes am Burgseeflügel
- Instandsetzung und Farbbehandlung der Kaimauer
- Instandsetzung der Sockel der Rossebändiger
- Farbbehandlung des Stierbändigers
- Neuelektrifizierung Kronleuchter Thronsaal
- Restaurierung der Brunnenfiguren im Blumenzimmer
- Instandsetzung des Fußbodens in der Porzellangalerie



Regengänge

# Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2009



- Sitzungswochen Landtag
- Sitzungswochen Landtagsausschüsse
- Tagungswochen Deutscher Bundestag
- Plenarsitzungen Bundestag
- Sitzungswochen
- Sitzungswochen

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
 Senckenbergstraße 1, 19053 Schwentinke  
 Telefon: 0385 / 525-0, Telefax: 0385 / 525 21 21  
 E-Mail: poststelle@landtag.mv.de, Internet: www.landtag.mv.de



Stand: 1. Oktober 2008

Am 20. November empfing Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider rund einhundert Karnevalisten aus ganz Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Schloss. Zum Auftakt der „5. Jahreszeit“ würdigte sie damit die ehrenamtliche Arbeit von mehr als 10.000 Närrinnen und Narren im ganzen Land. „Mit Ihrem ehrenamtlichen Engagement leisten Sie einen wichtigen Beitrag für unser demokratisches Gemeinwesen“, sagte Sylvia Bretschneider und lobte insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit der Karnevalsvereine. „Durch das Mitwirken in einem Verein erfahren die Jugendlichen den verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Umwelt, mit ihren Mitmenschen. Sie lernen auf diese Weise zivilgesellschaftliches Handeln“, betonte sie. Mit ihrer Vereinsarbeit stünden die Karnevalisten beispielhaft für gelebte Demokratie und reihten sich ein in die landesweite Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.

(Sylvia Bretschneider mit Karl-Heinz Krüger, Präsident des Karneval-Landesverbandes M-V)

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Claudia Richter



Foto: Claudia Richter

Am 19. November begrüßte Landtags-Vizepräsidentin Renate Holz Hagel eine Delegation hochrangiger Vertreter des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China im Landtag. Die Gäste, die der Gesetzgebungskommission angehören, informierten sich bei ihrer Studienreise über den Föderalismus in Deutschland. Insbesondere interessierten sie sich für die Beziehungen von Bund, Ländern und Kommunen, die Gesetzgebungskompetenzen der Länder und deren Interessenvertretung auf Bundesebene. An den Gesprächen mit den chinesischen Experten nahmen neben der Vizepräsidentin der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, Detlef Müller (SPD), und der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Gino Leonhard, teil. Zum Besuchsprogramm gehörten auch ein Blick in die laufende Plenarsitzung und die Besichtigung der historischen Räume des Schlossmuseums.

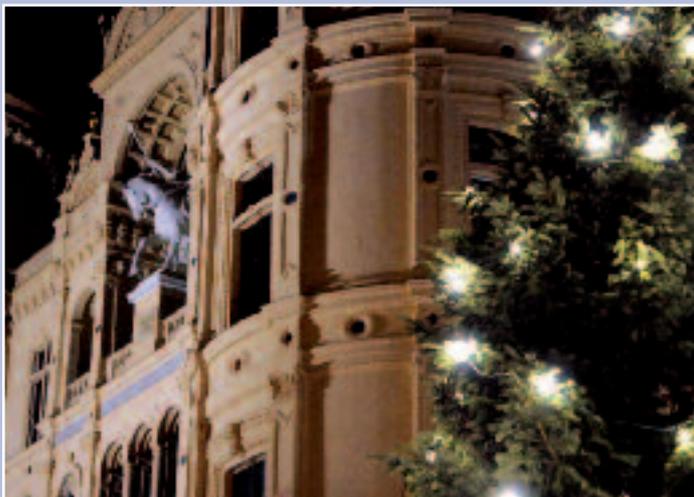


Foto: Cornelius Kettler

Am 26. November wurde wie in jedem Jahr vor dem Schweriner Schloss ein stattlicher Weihnachtsbaum aufgestellt. Die 15 Meter hohe Küstentanne stammt aus Domsühl bei Parchim. In ihrem 25-jährigen Leben war sie zu groß für das Grundstück der dortigen Revierförsterin geworden und schmückt nun am Ende ihres Baumlebens die Stadtfront des Schweriner Schlosses. Mit ihren rund 150 Lichtern erfreut sie bis zu 6. Januar vor allem abends Einwohner, Abgeordnete, Landtagsmitarbeiter und Touristen mit ihrem strahlenden Glanz.



Foto: Landtag

Besucher des Schlossmuseums können sich seit dem 19. November im Blumenzimmer an zwei kleinen Brunnenfiguren erfreuen, die frisch restauriert an ihren angestammten Platz zurückgekehrt sind. Die Restaurierung wurde durch die renommierte Firma „Haber & Brandner“ Berlin durchgeführt. Da die Figuren wegen der permanenten Wassereinwirkung starke Korrosionsschäden und Krater aufwiesen, mussten die Restauratoren die Metalloberfläche reinigen und modellieren. Zusätzlich wurden zwei neue Brunnenschalen aus Bronze gegossen. Das Geld für diese Arbeiten spendete die Feldtmann Kulturell GmbH aus Hamburg. Als Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider in einer kleinen Feierstunde die beiden Figuren symbolisch an Kultusminister Henry Tesch für das Museum übergab, war Brigitte Feldtmann dabei. Sylvia Bretschneider dankte der Spenderin für ihre Unterstützung.